

Globale Krise und Umbrüche –

„Transatlantische Dämmerung“ und geänderte Weltlage. Umriss einer politischen Seismik (Teil I)

Zum Inhalt (S. 1-32): Pro-Logisches: Das Ausmaß der Erschütterungen - a. Donald Trumps Angriff auf Demokratie und (Welt-)Gesellschaft - b. Israels „Eiserne Schwerter“ - c. Russlands Wiederaufstieg durch Krieg? - Deutsche Friedenssohnmacht - Die Welt wie sie war und ist - Quellen- und Lesehinweise - Angaben zum Verfasser (Manuskript)

Pro-Logisches: Das Ausmaß der Erschütterungen

Krisen, Kriege, Populismen, Autokratien..., gab es in der Geschichte immer schon! Neu sind ihre grautotalistisch-totalitären Erschütterungen und Ausmaße in Gesamtheit in heutiger veränderter Zeit. Seit dem Epochen-Wechsel 1989/90, Politiker sprachen verkürzt von „Wende“ und „demokratischer Revolution“, als ein Kalter Krieg und ein zwanghaft-tödliches, atomares West-Ost-Wettrüsten vermeintlich endete, setzten sich die Triebkräfte dahinter in global-strategischer Dimension mit teils anderen Vorzeichen und Merkmalen weiter fort. Mit der Migrations-/Flüchtlingskrise ab 2015 zeichnete sich zugleich kulturell-politisch eine neue Umschichtung und Durchmischung der Welt ab. Menschengemachte Klimakrise und Weltneuordnung haben nun unmittelbar einschneidende, demographische Folgen, worauf Länder teils unterschiedlich reagieren.

Genügte es noch am Ende des Zweiten Weltkriegs, politische Konstellationen der vier Sieger- und Besatzungsmächte und ihre Auswirkungen auf geänderte weltpolitische Grundlagen und Grundlinien zu untersuchen und im Blick zu haben, ist das für jetzige Verhältnisse kaum noch ausreichend und genügt nicht mehr. Die globale Krise ergibt sich als Summe aus den Binnenkrisen vieler Nationen, aus der allgemeinen Erosion verbindlicher menschlicher Werte und neuen Konzentrationen und Ausrichtungen weltpolitischer Kräfte. Der Philosoph und Zeitkritiker, Richard D. Precht, spricht vom „Ende des Westens“ und „transatlantischer Dämmerung“, zwei Kennzeichnungen, die in die Analyse einzubeziehen wären.

Aus dem Länder-Krieg von ehemals ist eine Art permanenter „Weltordnungskrieg“ und Welthandelskonflikt fast aller gegen alle geworden mit offenem Ausgang. Mit einer militärisch-geostrategischen geht seit etwa 25 Jahren eine radikale Neuordnung der internationalen Produktion einher. Bisher ungeahnte Fließkräfte erzwingen sich ein Bett, in das sie noch hineinpassen. Neue gefährliche „Player“ wie China und über ein Dutzend neuimperialistische Schwellenländer treten auf und machen ihre Interessen und Einflussphären geltend. Bislang verlässliche Gewissheiten gehen verloren oder werden einseitig aufgekündigt. Die Welt ist in Gefahr, ohne einen verbindenden Halt kollektiv in einen Abgrund zu stürzen. Politiker ohne Empathie und Verständnis für das Humane und geltende Belange der und des „Anderen“, wie der amerikanische Rechtspopulist Donald Trump, legen zu bestimmten wichtigen Problemen eine Art Egal- oder auch Tabula-rasa-Standpunkt an den Tag. Die Distanzierung von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Zerschlagung von USAID, der US-Entwicklungshilfe für die Welt, sind dafür ein symptomatischer Ausdruck.

Bevölkerungsfluchten aus angestammten Räumen, Wassernot, Hunger, zerstörte Natur und Umwelt, Klima- und Wetterextreme sind Indikatoren einer augenfälligen Seismik mächtiger globaler Erschütterung im Katastrophenausmaß, die sich auch politisch auswirkt. Dystopien wie „1984“ werden von den Realitäten überholt und tragen wie der Pop-Song von Zagar & Evans „In the year 2525 (if man is still alive...)“ den Charakter wirklicher Kontra-Vision in

sich. Das zusammen markiert im Grunde in Kürze festgestellt die Situation, vor der wir wie es scheint hilflos dastehen. Man kann eine Schrift von vor etwa hundert Jahren wie W. I. Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ zur Hand nehmen und daraus durchaus immer noch trefflich Grundzüge des globalen Wirtschafts-Dilemmas ableiten. Doch die Diagnose der Krise der Gegenwart ist damit noch nicht gestellt, um in einen Prozess ihrer politischen Behandlung überzugehen. Das gerade ist eine große Gefahr. Viele Ärzte stehen ratlos um den Patienten Planet Erde als krankem Organismus herum und doktern im Trüben, nehmen althergebrachte „Aderlässe“ vor, weil sie den Kern des Problems nicht in den Blick nehmen: die Über-Größe politischer Gebilde und das Nichterkennen bzw. Nichtwahrhaben ihrer damit korrespondierenden, inneren strukturellen Gewalt, die immer wieder Ventile sucht und sie verstärkt in Kriegen findet.

Menschen haben große Zukunftsangst und ziehen sich in eine Defensive des Nicht-Handelns zurück; ein anderer Teil geht in die Offensive und erlangt gegen das Prinzip der Demokratie immer mehr Stärke und an Einfluss, indem man sich in Scharen einem inzwischen weltweiten populistisch-autokratischen Netzwerk anschließt. Seit Jahresbeginn ist die atomare Supermacht USA politisch in der Hand des Republikaners und Rechtspopulisten Donald Trump und einer ihm weitgehend blind hörigen Administration, die sich anschicken, das große Land nach eigenen Vorstellungen dauerhaft umzubauen und neu auszurichten. Wir haben es mit einem weitreichenden und tief in die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Realitäten eingreifenden Vorgang zu tun, der maßgebliche Auswirkungen auf das Weltgefüge haben wird, wo sich immer mehr tiefe Kluften auftun und Risse abzeichnen. Europa findet sich in diesem Prozess plötzlich zwischen den Stühlen sitzend ohne noch genügend transatlantische Rückendeckung.

Bemerkenswert friedensrelevant untätig hält sich China bisher nahezu aus allem heraus, verlegt sich appellativ auf allgemeine diplomatische Floskeln, Konflikte friedlich beizulegen und staatliche Souveränität zu achten. Doch keineswegs bedeutet dies ein distanziertes Abwarten und Beiseite stehen. Das riesige asiatisch-pazifische Land mit 1,3 bis 1,4 Milliarden Menschen, dessen Führung eine enge ideologische Beziehung und Freundschaft zu Russland unterhält, rüstet massiv seine Marine und atomare Fähigkeit auf, erhebt Ansprüche auf das gesamte Südchinesische Meer, verfolgt eine offensive bis aggressive Welthandelsstrategie und bedroht selber das souveräne Taiwan durch Besetzung und Einnahme, das es als abtrünnigen Teil seines Landes ansieht. Das könnte sogar zu einem möglichen nächsten Weltkriegsgrund werden, da dadurch das westliche Interesse an freien Seehandelswegen elementar berührt wird.

Der in zwei feindliche Lager gespaltenen US-Gesellschaft entspricht in Deutschland etwa der politische Gegensatz zwischen „Mitte“ und Rechts, Landesteil alt (Nord, West und Süd) contra Landesteil neu (Ost). Obwohl die Rechte in Gestalt der AfD auch in den westlichen Bundesländern deutlich auf dem Vormarsch ist und Einbrüche erzielt. Die Partei braucht ohne viel anderes zu tun als ihre rüde Propagandamaschine zu schmieren nur abzuwarten, bis ihr immer mehr jenseits von Sinn und Verstand aus der Hand fressen. Bis auf ganz wenige Ausnahmen hat die rechtsextreme Alternative für Deutschland den Osten „erobert“ und dort mit 30 Prozent plus vor allen anderen den Status „Volkspartei“ inne, indem sie bei der Bundestagswahl in Wahlkreisen so gut wie alle Direktmandate errang und die mit Abstand stärkste politische Kraft darstellt. Zusammen mit einer erstarkten Linken verfügt sie künftig über eine Sperrminorität im Parlament bei 2/3-Mehrheitsentscheidungen.

Der Aufstieg des blau-braunen Blocks seit 2013 über mehrere teils brachiale Häutungen zur zweitstärksten Bundestagsfraktion mit 152 Mandaten (fast jedes 4.!) ist ein beispielloser Vorgang. Die AfD wird mehrheitlich nicht mehr nur aus Protest-, sondern auch weltanschaulichen Gründen gewählt. Das legt nicht nur der deutschen parlamentarischen Linken eine besondere politische Verantwortung auf, sondern allen demokratischen Parteien, konstruktiver und sachlicher miteinander umzugehen und wo möglich und wann nötig mehr zu kooperieren. Das Argument, die AfD-Wähler:innenschaft „auszugrenzen“, ist nicht ohne weiteres mehr einfach von der Hand zu weisen. Zwei wichtige Faktoren und Tendenzen sind nicht oder nicht mehr im nationalen Parlament vertreten: die Partei der Liberalen, FDP (4,3 %), und die neue Linke-Abspaltung, BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht, dem am Ende mit 4,98 Prozent knapp weniger als 10.000 Stimmen zum Bundestagseinzug fehlten. Die Regierungsbildung hätte als Folge davon gewiss anders ausgesehen und die Grünen als im Grunde eigentlich neue liberale Kraft mit ins Spiel gebracht. Dieser Kelch ging am schlimmsten Grünen-Verhetzer, CSU-Chef Söder, nochmal vorbei. Seine Anti-Grünen-Tiraden gehen mittlerweile sogar Ex-CSU-Chef Seehofer zu weit. Weimar krankte schwer u. a. am Parteiengestank und Gegensatz von rechts und links –, scheiterte vor allem aber an einer historischen deutschen Kontinuität von Nationalismus und Militarismus. Dies feiern auf populistische Weise wieder mehr und mehr politischen Urständ.

(siehe die politischen Analysen und Einschätzungen „Der Faschismus in Deutschland, Bd. 1; Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928-1933“; hrsg. 1973, 2., erw. Aufl. 1981),

Die USA exerzieren die Veränderung gerade anschaulich-praktisch vor. Der Republikaner Trump zog in seiner selbstgefälligen Kongress-Rede vom 4. März eine fast ins Krankhaft gehende überhebliche Erfolgsbilanz seiner ersten 40 Regierungstage, die viele Menschen beleidigt und verhöhnt, andere Länder vor den Kopf stößt und bedroht und eine Kumpanei mit einigen der schlimmsten Autokraten-Schurken der Gegenwart pflegt. Das alles gab es als Begleit- und Beschleunigungsfaktoren beim Weltkrieg I und II so komplex auffällig noch nicht. Ein großes „Aufeinander krachen“ ständig weiter divergierender Kräfte scheint früher oder später unausweichlich. Eskalierende Konflikte und Kriege wie in der Ukraine und in Nahost nehmen sich hierfür wie ein Prolog aus. Noch scheint der demokratische Pfropf den ungeheuren eruptiven Druck darunter im Schlot zu deckeln.

Ist es vermessen oder gar anmaßend, festzustellen: Vonnöten ist ein neues Verständnis und eine neue Theorie des komplex strukturierten und differenzierten politischen Welt-Dilemmas. Es könnte helfen, sich dabei mit der Theorie politischer Macht und dem Begriff des „Totalitären“ bei der politischen Philosophin Hannah Arendt (+1975) näher zu beschäftigen. Und auch mit der grundsätzlichen Kritik an Staat und Parteien des Anarchismus. Herrschende politische Kräfte und Eliten in der Welt, die allemal auch Teil der Probleme sind, scheinen die multiple Krisenlage mit herkömmlichen Mitteln immer weniger noch im Griff zu haben. Bzw. sie mit ihren Mitteln zu nutzen, ihre jeweiligen Macht-Agenden, etwa *Make America great again* oder die chinesische Seidenstraßen-Handelsstrategie rigoros zu ihren Gunsten durch- und umzusetzen. Das zeigte schon die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 mit ihren Folgen und Nachwirkungen bis heute -, das zeigte später die weltweitasant um sich greifende Corona-Pandemie zwischen Ende 2019 und 2023 mit über sieben Millionen Toten, deren Ursprung, ob menschlich in Labors oder tierisch in der Natur, bis heute nicht geklärt ist -, das zeigt die umfassende Klimakatastrophe, die sich seit etwa 40 Jahren deutlich wie nie abzeichnet und ungebremst ausweitete (dazu genauer Teil II).

Das zeigen aber auch bewaffnete Konflikte wie die aktuellen Kriege in der Ukraine und Nah-/Mittelost und Krisenherde wie im Sudan, in Libyen, Syrien und in Fernost (Myanmar;

Taiwan). Sie gehen einher mit einer tiefen Krise von Demokratie, Mitbestimmung und breiter Teilhabe. Die Reichen und Superreichen werden aufgrund von herrschenden ökonomischen Machtkonstellationen immer mehr, derzeit besitzen etwa 2.700 Milliardäre auf der ganzen Welt ein schier unvorstellbares Vermögen von 15 Billionen US-Dollar (in Zahlen: 15.000.000.000.000). Die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, dass sich mehrere ernste ungelöste, miteinander stark verwobene Konflikte zu einem neuen Welt-Krieg verdichten und aufschaukeln könnten. Der Globus kommt in seinen heftigen seismischen politischen und ökonomischen Erschütterungen nicht mehr zur Ruhe, geschweige denn wie es scheint noch zur Besinnung. Weltverantwortliche wie etwa der Papst in Rom oder der Generalsekretär der Vereinten Nationen halten es mit Appellen und Warnungen, der Welttendenz der Spaltung und Auflösung des Gefüges und De-Humanisierung entgegenzuwirken, vergebens wie es scheint. Die Welt driftet und schlingert auf mannigfachem Kollisionskurs unvermindert weiter wie ein aus der Bahn geratener Superasteroid, der auf die Erde zurast. Sind wir Verlorene im All? Oder aber Verlorene zeithistorischer Hypotheken?

Einen erheblichen Teil der Informations-Basis des Krisen-Diskurses liefern neben Nachrichten und Fakten bereits Algorithmen, „soziale Medien“ (Fake; Verschwörung) und sich mit Lichtgeschwindigkeit im World Wide Web permanent selbst optimierende System-Apps Künstlicher Intelligenz (KI) wie ChatGPT (USA), Deep Seek, Qwen (beide China) und andere. Diese finden bisher in einem weitgehend nichtregulierten virtuellen Raum ohne verbindliche internationale Vereinbarungen statt. Die EU hat erstmals einen sog. AI-Act verabschiedet, der Auflagen und Regelungen zum KI-Einsatz formuliert. Hier herrscht zurzeit Wildwuchs und Goldgräberstimmung, politische Kontrolle hinkt dem heillos hinterher.

Kriege heute sind bereits und werden in Zukunft noch mehr KI-gestützte Cyber- und Handelskriege bis hinein in feinnervigste Nano-Dimension sein. Man muss im Grunde kein anderes Land mehr bombardieren, es genügt bereits, seine Handels- und Energiebasis empfindlich zu stören und zu unterminieren, siehe etwa der Handelskrieg über Zölle und Gegenzölle. Radioaktivität konnte man weder riechen noch sehen, KI kann man in einer totalen Blade-Runner-Welt nicht mehr erkennen und unterscheiden. Wer und was ist noch „echt“, wer und was ist beabsichtigte „Replikation“?! Anti-Viren-Programme erweisen sich da als lächerlich nutzlos.

Keine Algorithmen, die die Welt-Kommunikation bestimmen, die sich nicht entschlüsseln und umprogrammieren ließen. Künstliche Intelligenz krempelt die Lebens- und Produktionsverhältnisse im 21. Jahrhundert gründlich um und bestimmt sie folgeschwer. Es gibt kein zurück. Roboter-Intelligenz zur Steuerung der Automation greift tief in die menschlichen Sphären von Produktion, Konsumption, Reproduktion und Kommunikation ein. Was hat der Mensch dabei und davon noch selbst in der Hand? Ein anschauliches Beispiel etwa ist industrielle Nahrungsmittel-Herstellung aus Ersatzstoffen und imitierten Substraten. Man kann ein paniertes Schnitzel aus dem Kühlregal heute vollkommen künstlich herstellen, ohne dass es noch vom Tier käme. Das Ergebnis nennt sich dann „vegan“.

Im Science-Fiction-Film „Soylent Green“ wird im fiktiven Jahr 2022 von Überbevölkerung, Luftverpestung und globaler Umweltkatastrophe angeblich energiereiche ozeanische Pflanzennahrung gewonnen – in Wirklichkeit wird sie in bunter Keksform aus wiederverwerteten menschlichen Leichen derer erzeugt, die sich freiwillig einschläfern lassen oder dafür an der Reihe sind. Wer proteinreiche Insekten-Burger als Zukunftsspeise gut findet, sollte daran denken, dass Insektenpopulationen durch Gifte und Entzug von Lebensräumen ohnehin ge-

rade massenhaft am Aussterben sind. Heuschrecken-Geschnetztes oder Steaks von Gebirgsgams und Vogel Strauß, statt – wenn schon – von gezüchtetem Rind, Büffel, Schwein und Lamm. Der Mensch wird zum Kannibalen seiner Schöpfung. Der Anblick großer wilder Tierherden in Ostafrikas Steppen wie der Serengeti wird bis in 30, 40 Jahren weitgehend der Vergangenheit angehören. Afrika, dessen Städte und Länder bevölkerungsexplodieren, hätte dann ungefähr doppelt so viele Einwohner als heute mit schon etwa 1,3 Milliarden. Der Kilimandscharo wird dann keine krönende Eiskappe mehr tragen (ausführlich zu diesen Aspekten in einem Klima-Teil II).

George Orwells düstere Utopie „1984“ („Nineteen Eighty-Four“), entstanden zwischen 1946 und 1948, erweist sich nach dem Weltkrieg als *d i e* totalitäre Chiffre, die wir wieder neu zu entschlüsseln und zu verstehen haben, am besten im Original zu lesen oder in der Übertragung von Kurt Wagensel. Sie ist beileibe keine Parabel ihrer Zeit nur auf den totalistischen Osten, wie ihr Verfasser, der kommunistische Dissident und Sozialist Orwell, gegen alle einseitige Lesart stets betonte. Sondern für das Totalitäre politischer und gesellschaftlicher Systeme an sich. „1984“ ist der visionäre Schlüssel-Roman zum Verständnis der Extreme des 20. und vielleicht auch des 21. Jahrhunderts: Lüge, Verfolgung, Vertreibung, Unterdrückung, Folter, Krieg, Entmenschlichung, Völkermord. Gulag Guantanamo **und** Gaza **und** Westjordanland als größtes Freiluftgefängnis der Welt. Was ist Donald Trumps Online-Plattform „Truth Social“ letztlich anderes als der „Neusprech“ (die Lesart) eines „Wahrheits“-Ministeriums, die Dinge gemäß einer bestimmten Ideologie umzuschreiben und umzudefinieren für das Ziel „Make America great again“ (MAga).

Statt „Golf von Mexiko“ präsentieren Google und Apple Trumps eigenmächtige, durch keine internationale Vereinbarung gedeckte Umbenennung in „Gulf of America“ bereits voraus-eilend in ihren Map-Apps. Alaska hat allerdings unter republikanischer Administration Trumps Ansinnen, Amerikas höchsten Berg „Denali“ (6.128 m) wieder in Mt. McKinley zurück zu benennen, abgelehnt (Ex-Demokraten-Präsident Obama hatte 2015 die Neubenennung zu Ehren der indigenen Ur-Einwohner verfügt). Denali ist das indigene Wort für „der Große“. „*Big Brother*“ - *Präsident Trump - is watching you*. Ein Mob gewalttätiger Menschen, die das US-Kapitol stürmten, waren in den Augen des Wahlverlierers Trump „wonderful people“. Ein nur noch grotesk-lachhafter Dekret-Streich Trumps ist der per Anordnung verfügte Stopp von umweltfreundlichen Papier-Strohhalmen, die wieder aus Plastik hergestellt werden sollen, da angeblich „die Dinger nicht funktionieren“ würden. Die US-Plastik-Industrie will es offenbar so haben und wird's ihm danken.

Wir sind die Hauptfiguren Winston Smith, Julia, O'Brien und Goldstein aus dem Roman „1984“. Zwei Liebende, der Funktionär der „Inneren Partei“, der jüdische „Verräter“. Smith ist als kleines Rädchen im Getriebe im „Wahrheitsministerium“ beschäftigt mit der Manipulation von Nachrichten und Korrektur von Geschichtsdaten. Die Macht-Blöcke Ozeanien, Eurasien und Ostasien befinden sich gegeneinander im Dauerkonflikt und Dauerkriegszustand: KRIEG BEDEUTET FRIEDEN – FREIHEIT IST SKLAVEREI – UNWISSENHEIT IST STÄRKE. In jeder Wohnung befindet sich ein Televisor, der jeden räumlichen Winkel erfasst, den man nicht abschalten kann. Bücher lesen (Wissen), Tagebuch schreiben (Reflexion), privates Liebesleben (Intimität) sind verboten. Es gilt allein das seelenlose Kollektiv. Schlimmer noch als der Tod ist das „Gedankenverbrechen“. Der ‚Große Bruder‘ sieht dich, liebt dich, nicht nur der Genosse Mielke alle Menschen. Der Psychoanalytiker Erich Fromm bemerkt in seinem 1984-Essay:

„George Orwells Roman 1984 ist Ausdruck einer Stimmung und einer Warnung. Die Grundstimmung ist Verzweiflung über die Zukunft des Menschen. Die Warnung lautet: Falls der Lauf der Geschichte nicht geändert wird, werden die Menschen auf der ganzen Welt ihre humanen Eigenschaften verlieren und zu seelenlosen Automaten werden, ohne es selbst zu merken“.

Diese Analyse ist so treffend wie in ihrer Voraussicht verstörend. Zu verzeichnen sind Niedergänge von Nationen und Staaten, Bsp. Großbritannien, Russland und USA und Neuaufstiege bedeutender Mächte wie China und eben dieses Russland, die immer auch Nuklearmächte sind, was eine besondere, heikle Brisanz markiert. Kosmisch ist es so, dass sich sterbende Gestirne vor ihrem Ende nochmal aufblähen, um dann in sich zu kollabieren. Im übertragenen Sinn wären das, was in Ländern wie USA, Russland und China abläuft, letzte „Aufblähungen“ vor ihrem Kollaps. Der „Kollaps der Modernisierung“, den schon in den Neunziger Jahren der Philosoph und Krisenanalyst Robert Kurz konstatierte, ist in vollem Gang. Noch immer existieren auf der Welt als schwelender „Background“ und Damoklesschwert über allem etwa 14 bis 15.000 Atomsprengköpfe (im Kalten Krieg waren es noch 60 bis 80.000!) mit technisch modernisiertem Potenzial da wie dort. Gut ein Drittel davon wird alarmistisch bereitgehalten zu notfalls sofortigem Einsatz. Etwa 90 Prozent entfallen auf die USA und Russland, also jeweils 5 bis 6.000, während China den Plan verfolgt, seine Nuklearschlagfähigkeit absehbar von bisher einigen hundert auf bis zu 1.000 Atomsprengköpfe zu erhöhen.

China stellt damit primär d i e nukleare Hauptbedrohung heute dar! Nicht nur, weil es gleichziehen, die Konkurrenten überholen und überhaupt in Vorhand gelangen will. Neun Atomkräfte bilden bereits ein verheerendes nukleares Vernichtungspotenzial, einige davon außerhalb jeglicher Vertragskonvention (Israel; Nordkorea) und basteln emsig an „Overkill“-Kapazitäten. Nahezu alle von ihnen befinden sich zu- und gegeneinander in latenten bis ernststen Spannungszuständen. Andere stehen an der Schwelle dazu wie Brasilien, Japan oder der Iran. Internationale Verträge zur Rüstungseindämmung werden nicht verlängert oder gezielt aufgekündigt. Ein besonders drängendes und prekäres Problem der Welt-Diplomatie.

>pax trumpania<: Angriff auf Demokratie und (Welt-)Gesellschaft

Trumps Mobilisierung gegen US-amerikanische Demokratie und Rechtsstaat und jenen Teil der US-Gesellschaft, der ihm nicht geheuer und progressiv irregeleitet vorkommt, den er darum als „Feind“ betrachtet, entfachte nicht nur einen neuen Bürgerkrieg in den Köpfen. Der sich durch breite weiße, farbige und schwarze Gesellschafts-, Bildungs- und auch Einwandererschichten hindurch als ein totaler Kulturkampf vollzieht. Unterlegt durch die gezielt geschürte, massive Sorge vieler Wähler:innen um wirtschaftliche Existenz und tägliches Auskommen. Anscheinend begriffen das die Demokraten viel zu spät, da sie im US-Wahlkampf 2024 keinen Grund sahen, an vermeintlich „guten Wirtschaftsdaten“ zu zweifeln. Der kapitalistische Wirtschaftsmotor lief zwar, aber das kam offenbar so an der Wähler:in-Basis nicht an, da Inflation und Preise trotz Bidens Inflation-Reduction-Act auf relativ hohem Niveau verharrten, vor allem im Immobilienbereich, Wohnungsbau und bei Lebensmitteln. Trump hingegen fragte bei Wahlkampfauftritten, was seine Anhänger:innen jetzt gegenüber früher, also vor Präsident Bidens Amtszeit, in der Geldbörse hätten, wie es ihnen jetzt gegenüber früher ergehe.

Trump's Re-Election-Team hatte die soziologischen Daten, Faktoren und relevanten Statistiken diesmal zudem akribisch genau analysiert und daraus praktische Schlüsse für die eigene Strategie zur Machtergreifung gezogen. So konnte Trump verkünden, dass, falls er die Wahl verlöre, dies den Demokraten nur durch neuen „Wahlbetrug“ gelänge und er drohte in diesem Fall sozusagen als Steigerung des Kapitol-Sturms vom Januar 2021 ein „Bloodbathe“ durch seine MAgA-Bewegung (Make America great again) an.

Das neue, absolute Dominanz-Streben des US-Republikanismus zeichnete sich erst richtig ab über die aufeinanderfolgenden Präsidentschaften von George W. Bush II und Barack Hussein Obama. Diametraler konnten von da an demokratisch-republikanische Gegensätze kaum noch sein. Der Wahlsieger 2024, Donald Trump, ist als Multimilliardär und Quereinsteiger in die Politik kein Vertreter mehr der „Grand Old Party“ des Traditions-Republikanismus oder vielleicht gerade die Steigerung davon. Er verkörpert ein neues rechtspopulistisch-autokratisches Moment, das den alten Kodex ablöst, mit dem die Demokraten (und die Welt) offenbar größte Mühe haben. Ihnen ist der Partner der checks & balances (Gewichte und Gegengewichte) abhandengekommen, der sich an keine verbindlichen Regeln mehr hält, sondern totalitär-populistisch nach dem Alles-oder-nichts-Prinzip operiert und sich dabei mindestens auf die Hälfte des US-Wahlvolks stützen kann. Die Kluft der Entzweiung ragt abgründtiefer als die tiefste Schlucht des Grand Canyon. Die Entwicklung in den USA gibt den Takt vor, wo andere wie Europa noch hinkommen werden. Der klaffende Riss im Land der Unbegrenztheit geht aber auch horizontal quer durch die Gesellschaftsschichten, durch Institutionen wie etwa die Justiz und Bildung, durch Kirchen, Medien, Familien, Ehen, Beziehungen und Freundschaften.

Divergenz, Differenz und Polarität bis ins Extreme, der wirkliche Verlust im Kern von „Mitte“, Mäßigung und Vernunft, sind kennzeichnende Elemente der Krise der Moderne und ihres derzeitigen weltweiten Kollapses (siehe etwa die Thesen von Robert Kurz). Es gibt kein einendes und sinnstiftendes ‚Werte-Zentrum‘, keine allgemeinen Gewissheiten mehr, sondern nur noch Kapitalismus pur ohne Vision des Gegenparts. „Die Welt“, alle, sind seit der unbestechlichen Diagnose zu Beginn der Siebziger Jahre des ‚Club of Rome‘ der *Grenzen des Wachstums* konfrontiert mit den schlimmsten Auswüchsen und Fehlschlüssen einer die Gesellschaft, die Umwelt, das Klima, die menschlichen Selbst zerstörenden „Überentwicklung der Nationen“ (Leopold Kohr). Sozusagen Krankheit „Elephantiasis als Hauptproblem der Gegenwart“, wie sich der österreichische libertäre Ökonom und Philosoph, Leopold Kohr (+1994), ausdrückte. Sein Werk ist für die politische Handlungsstrategie noch immer unerschlossen.

Globalität in Vielheit wird zur Totalität des Einen. „Arbeit“ verliert angesichts immer perfekterer Maschinen-KI und um sich greifender Automation, die ihre Funktionen übernimmt, menschlich ihre Qualität, Identität und Kollektivität. Sie verkommt zur komplex steuerbaren Hilfs-Arbeit atomisierter Einzelner mit der Auflage, sich selbst zu optimieren (siehe USA). Milliarden schwere Tech-Konzern-Inhaber – die ‚Neuen Technokraten‘ der Erde – begnügen sich nicht mehr mit ihrer angestammten Wirtschaftsdomäne, sondern mischen sich geldmächtig in die Politik ein und diese auf – siehe Elon Musk, Mark Zuckerberg, Jeff Bezos und andere. Ihnen kommt ein Donald Trump gerade gelegen, ihre Deregulierungs-Pläne mit anti-staatlicher Deckung umzusetzen. Der neue Gesundheitsminister von Trump 2.0, Robert F. Kennedy Jr., aus der Kennedy-Dynastie (Neffe von John F. Kennedy), ein fachfremder Impfgegner und Corona-Leugner, ist ein ehemals langjähriger Demokrat, der erst parteilos wurde und sich dann spät noch auf die Seite der Trump-Wiederwahlkampagne schlug. Seine An-

hängerschaft könnte in entscheidenden Wahlbezirken von swing states am Ende sogar den Ausschlag für Trumps Sieg aufgrund einiger hunderttausend Stimmen mehr gegeben haben. Seine Cousine Caroline, die JFK-Tochter, warnte unlängst eindringlich vor seiner Amtsunfähigkeit und opportunistischen Karrieresucht.

Die Republikaner verfügen jetzt in beiden Kongresskammern zumindest für die kommenden zwei Jahre, wenn die nächsten Midterms-Zwischenwahlen anstehen, über wenn auch knappe Mehrheiten und können "durchregieren". Das Verhältnis Demokraten zu Republikaner lautet beim Repräsentantenhaus 215 zu 220 Sitze, beim Senat 47 (davon 2 Unabhängige) zu 53. Besonders bei den 538 Wahlleuten (davon 312 für Trump, 226 für Harris) war das Ergebnis überdeutlich. Am ersten Tag nach der Amtsübernahme begann Trump damit, seine wichtigsten Wahlziele und -versprechen per „Executive Orders“ (Dekrete) umzusetzen, mit zum Teil abenteuerlichen Vorhaben, die nur noch Kopfschütteln hervorrufen. Solche EOs sieht die amerikanische Verfassung eigentlich nur für Not- und Spannungszeiten vor, wenn schnelles Handeln nötig ist. Man kann mit ihnen Maßnahmen und Programme sofort exekutieren, ohne ein aufwendiges gewaltenteilendes Gesetzgebungsverfahren zu durchlaufen.

Andererseits können Dekrete, da sie keinen Gesetzescharakter haben, jederzeit mit Mehrheit wieder revidiert werden. Erste Reaktionen gibt es freilich schon: Gegen einzelne dieser Verordnungen verfügten Bundesrichter einstweilige Stopps und ziehen Betroffene wie die quasi von Trump „rausgeworfenen“ (gekündigten) hunderttausenden Regierungsangestellten und Bundesbeamten mit Klagen vor Gericht. So etwa bedeutet das Dekret, in Amerika geborenen Menschen unter bestimmten Umständen die verfassungsmäßig garantierte, automatische Staatsbürgerschaft zu verweigern, was vor allem Migranten-Kinder trifft, einen „eklatanten“ Verstoß gegen den 14. Zusatzartikel der US-Verfassung – wie Bundesrichter Cougour in Seattle im Bundesstaat Washington das Trump-Ansinnen heftig kritisierte. Noch scheint amerikanische Justiz zu funktionieren. Insgesamt 22 Bundesstaaten plus zahlreiche Einzelpersonen des politischen Lebens haben bei Bundesgerichten dagegen umgehend Klage erhoben. Es wird deswegen noch viele weitere Klagen hageln, gerichtliche Verfahrensprozesse schier ohne Ende und empörte öffentliche Proteste gegen Trumps als Bürokratieabbau verbrämten Staatsumbau geben. Das Ziel ist klar: er will die Reihen gründlich säubern und lichten, wie es im rechtskonservativen Strategiepapier „Project 2025“ impliziert wird, dem Drehbuch quasi für Trumps Vorgehen.

Trump's Dekret zum Umgang mit den Rädelsführern des Kapitol-Sturms im Januar 2021 sorgte nun dafür, dass 1.500 Verurteilte, darunter die Anführer bewaffneter ultrarechter Milizen wie der Proud Boys und Oath Keepers, von ihren hohen Gefängnisstrafen begnadigt wurden und frei kamen. Trump weiß, was er seinen gewaltbereiten MAGA-Sturmtruppen schuldig ist, die er damals in den Ansturm auf Amerikas Demokratie-Symbol hetzte und nach ihrem Gewalt-Vandalismus als „wonderful people“ pries. Wer solche gefährlichen Polit-Täter begnadigt und freilässt, hat selbst jedes Augenmaß für Recht und Unrecht eingebüßt. Kein Tag vergeht bald mehr ohne schockwellenartige Nachrichten aus dem Zentrum der US-Macht. Wo jetzt auch die unabhängige Rolle von Presse und Medien gefährdet ist, durch die drastische Beschneidung des Zugangs für Journalist:innen zum Info-Pool des Weißen Hauses. Unliebsame Berichterstattung will man so ganz ausschließen. Das wiederum ist „1984“ pur – *Unwissenheit ist Stärke!*

Die US-Justiz unter Biden wurde von Trump ständig angegriffen und in Misskredit gebracht. Dafür gedenkt Trump sich mit einem Feldzug gegen Demokratie und Demokraten nun zu rächen. Im Supreme Court (Oberstes Gericht) sorgte Trump bereits früher schon für

eine konservative sechs zu drei Mehrheits-Konstellation zu seinen Gunsten. Trumps Juristen-Teams verzögerten und blockierten die zahlreichen Ermittlungs- und Untersuchungsvorgänge gegen ihn, wo und wie sie es nur konnten. Trump sieht sich vor allem durch die verheerende Rückendeckung der neuen Justizministerin von seinen Gnaden, Pam Bondi, die jetzt ihrerseits gegen die „unethische“ (unamerikanische?) Strafverfolgung Trumps zu Felde zieht, in allen gegen ihn angestregten gerichtlichen Verfahren juristisch eingewaschen und bestätigt, in allen Belangen und Punkten „unschuldig“ zu sein. Dennoch ist er eindeutig als verurteilter Straftäter anzusehen.

Trump's provozierende Rede bei der Inauguration im Beisein des abgelösten Präsidenten Joe Biden war eine neuerliche Kampfansage an Humanität, Verständigung und Weltfrieden. Trump will sich Grönland einverleiben, das man angeblich für die eigene Sicherheit „brauche“ -, den Panama-Kanal „zurückholen“ -, benennt den Golf von Mexiko in Golf von Amerika um -, Kanada unter Zölle-Androhung zum Beitritt zur USA als 51. Staat veranlassen -, ein rigoroses Anti-Migrations-Regime mit geschlossenen Grenzen und Massenausweisungen von Menschen ohne Papiere errichten -, andere Volkswirtschaften (Mexiko, Kanada, China, EU) mit Superzöllen bis 25 Prozent in die Knie zwingen und gefügig machen -, NATO-Mitglieder, die nicht ein völlig illusorisches 5-Prozent-Rüstungsziel(!) vom BIP erfüllen, fallen lassen -, eine Politik der internationalen bilateralen Deals einseitig zu US-Gunsten durchsetzen -, das US-System der checks & balances endlich aushebeln -, Justiz und Bürokratie säubern, das Wahlrecht verschärfen, in hoher Zahl Beamte, Richter und Staatsbedienstete entlassen (bis zu 2 Mio.!) usw. Dazu genügen der Trump-Administration neuerdings Androhungen per E-Mail: Staatliche Mitarbeiter sollen in wöchentlich einzureichenden Berichten ihre effektive Tätigkeit belegen und rechtfertigen, sonst droht ihnen „Kündigung“. Dahinter steht der radikale Rationalisierungsplan und Kürzungswahn Elon Musks.

Umgehend verfügte Trump per Dekret den neuerlichen Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen, die Kündigung der Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation, deren größter Beitragszahler die USA sind, weshalb sie sich zu drastischen Einsparmaßnahmen genötigt sieht. Dies könnte Millionen kranker Menschen, die auf WHO-Schutzprogramme angewiesen sind wie im Fall von Malaria- und HIV-Infekten, das Leben kosten, heißt es von dort. Auf gleiche Weise betroffen ist die staatliche Entwicklungshilfe USAID. Aberwitzig will Trump mit Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) vorgehen, den die USA ebenso wie Israel nicht anerkennen. Dieser habe seinen Duzfreund, den israelischen Premier Netanjahu, durch den internationalen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen „sehr schlecht behandelt“, eine beliebte, rein subjektive Bewertungsfloskel Trumps, die er in generalisierter Weise anführt.

Trump betreibt Weltpolitik wie rigorose unternehmerische Personalpolitik, wer nicht in seinem Sinn spurt, wird wie in seiner früheren Realityshow „gefeuert“. Von Diplomatie, Rücksicht und Anstand hält der billige amerikanische Machiavelli-Verschnitt wenig bis nichts. „Drill baby drill“ ist sein Kampfruf für ungehindertes Öl- und Frackingbohren in sensiblen Naturschutzgebieten, deren Schutzstatus stark beschnitten oder aufgehoben wird. Trump verkündet unter dem Namen „Stargate“ ein neues Infrastruktur-Projekt zur Förderung der Künstlichen Intelligenz (AI), in die in den nächsten Jahren Investitionen von 500 Milliarden Dollar fließen sollen, das über 100.000 Arbeitsplätze schaffen soll, was nicht gerade viel wäre. Neben ChatGPT-Entwickler Open AI sind Software-Riese Oracle und der japanische Tech-Konzern Softbank mit von der Partie, die sich zunächst auf Medizinforschung konzentrieren

wollen. Und dann? Ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einer Technokratie-Weltvorherrschaft von Milliardären und ihren Konzern-Managern.

Papst Franziskus sprach in Bezug auf Trumps unmenschliche Migrations-Maßnahmen von „Schande“. Bei einem Gottesdienst in der National Cathedral von Washington mit dem frisch vereidigten, anwesenden Trump und weiteren Familienmitgliedern nutzte die anglikanische Bischöfin Mariann Edgar Budde, ihre Predigtansprache für einen direkten Appell an ihn: „Im Namen unseres Gottes bitte ich Sie, haben Sie Erbarmen mit den Menschen in unserem Land, die jetzt Angst haben“. Trump ist weder gottesfürchtig noch demütig gläubig, er gaukelt Religiosität vor zu Show-Zwecken, um eine konservativ-reaktionäre evangelikale Klientel hinter sich zu scharen, die in den USA vor allem in der Abtreibungsfrage eine moralisch überaus einflussreiche Macht darstellt. Er gedenkt selbst in der Rolle eines zornigen, straffenden „Gottes“ aufzutreten. Sichtlich unbehaglich ob dieser direkten Ansprache, diffamierte Trump hinterher auf seiner Plattform Truth Social die Kirchenfrau als „radikale Linke“ und „hartgesottene Trump-Hasserin“, die einen „fiesen Ton“ am Leib gehabt habe, „nicht überzeugend oder klug“ war und forderte von ihr, sich zu entschuldigen. Eingefleischte westliche Transatlantiker wie der deutsche Ex-Diplomat Wolfgang Ischinger, einst Organisator und Moderator der Münchner Sicherheitskonferenz, stapeln derweil tief und halten die von Trump angerührte und hier nur grob skizzierte gefährliche Suppe für lange nicht so heiß, wie sie gekocht scheint.

In westlich orientierten Kreisen dominiert indessen Trump-Verwirrung. Das hat bei ihm System, Dinge zu destabilisieren, Menschen und Staaten zu verunsichern und Gewohntes, Bewährtes und Vertrautes in Frage zu stellen und dadurch Unruhe zu stiften und ein Klima für Nötigung und Erpressung zu schaffen. Er ist darin ein gelehriger Schüler seines skrupellosen Vaters und vor allem seines diabolischen Mentors und Anwalts, Roy Cohn. Cohn brachte dem erst schüchternen Immobilien-Tychoon Trump Jr. bei, ja bläute ihm geradezu ein, nie etwas zuzugeben, wo es nur ging zu lügen, zu verleumden, nur den eigenen Vorteil zu suchen, andere gegeneinander auszuspielen, nie aufzugeben, stets überlegen zu sein, Geld, Geld und nochmals Geld anzuhäufen. Das überträgt er jetzt 1:1 in seine pathogene Politik.

Was muss noch passieren, dass solchen irrenden Interpreten wie Ischinger die Augen aufgehen?! Dieser Trump ist – so ungeheuerlich dies festzustellen ist – eine Bedrohung für die ganze Menschheit und Feind jeder wahren Menschlichkeit und Vernunft. Trumps Strategie der Machtusurpation und Demokratie-Zerschlagung, sein rechtspopulistischer „Aufstand der Massen“ und beharrlicher Kampf gegen den „deep state“ der Demokraten und ihrer vermeintlich einflussreichen Eliten in staatlichen und Verwaltungs-Strukturen, ähnelt frappierend der legalen Machtergreifung der Nationalsozialisten. Er selbst möchte einen eigenen Tiefen Staat nach seinem Gusto schaffen. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie spricht in dem Zusammenhang davon, dass man gegenwärtig in den USA das „Umkippen einer Demokratie in eine Plutokratie“ erlebe (Monitor, ARD, 23. Januar).

In einem Anfall der Begeisterung über das blenderisch verkündete „goldene“ Trump-Zeitalter vollführte sein engster Berater Elon Musk einen Rumpelstilzchen-Tanz auf der Bühne und stieß einen martialisch jubilierenden Freudenschrei aus, schlug sich mit seiner rechten Faust auf seine linke Brust und streckte darauf voll wuterfüllter Gestik seinen rechten Arm mit Wucht schräg aufwärts nach vorne aus, ähnlich dem Hitlergruß. Diese Gestik hatte er bereits wiederholt gezeigt. Er dementierte diese Deutung, aber es ist nun mal der bekann-

te demonstrative Gruß amerikanischer Neo-Nazis. Die in Teilen rechtsextremistische AfD, so der Alice-Weidel-Hofierer, Musk, sei „das Beste“, was Deutschland passieren könne. Aber auch Musk erntet Gegenwind und wird auf Anträge von Bundesgerichten gebremst bei seinen gesetzlich kaum abgedeckten Versuchen, sich als oberster, nicht vereidigter Staatsrationalisierer Zugang zu allen möglichen sensiblen ökonomischen, fiskalischen und soziodemographischen Datenbanken zu verschaffen. Beim ersten Zusammentreffen des Trump-Kabinetts war auch Musk zugegen als Berichterstatte seiner bereits erzielten Erfolge beim Wegrationalisieren von störendem Regierungsunterbau und Beseitigen von „ineffektiven“ Verwaltungsstrukturen durch die Androhung von rechtsunzulässigen Massenentlassungen per E-Mail.

Trumps katastrophalem Denken und Bewerten entsprungene fatale Antrittsrede strotzte nur so von anmaßender, zumutender, drohender, zynischer und selbstgefälliger Rhetorik – nachdem er zuvor feierlich den Eid auf die Verfassung abgelegt hatte und Gottes Beistand beschwor, was an Heuchelei nicht mehr zu überbieten war und einen abstoßen muss. Kein Wort der Versöhnung und Grabenüberwindung in einem tief gespaltenen Land, keine Zusage, Präsident des ganzen amerikanischen Volkes und darum „salomonisch“ und gerecht im Urteil zu sein. Ungerecht und unfair sind in seinen Augen stets diejenigen, die ihn und die USA „schlecht behandeln“ und ihm im Weg stehen. Noch am gleichen Tag machte er sich daran, seine teils abstrusen Versprechen einzulösen und die ersten von etwa 100 Sofort-Dekreten zu deren Exekution zu unterschreiben. In seiner ersten Amtszeit als 45. Präsident setzte er davon 220 in Kraft, die sein Nachfolger Biden etwa zur Hälfte wieder zurücksetzte. Jetzt sollen es dreihundert und mehr werden. Für den Süden der USA proklamierte er deshalb den Grenz-Notstand, um auch das Militär dorthin entsenden zu können. Bis zu 11 Millionen Menschen sind derzeit in den USA „Illegale“, so wird geschätzt, die gleichwohl als billige Arbeitskräfte ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind. Trump will alles jetzt und sofort wie seine Anhänger, ohne verzögerndes, lästiges Demokratie-Prozedere.

Das ist die Vorstufe zum Totalitären und Diktatorischen. Er beruft sich und setzt auf seine neue MAGA-Bewegung – Make America great again. Das propagierte auch schon der Republikaner Ronald Reagan vierzig Jahre vor ihm. Vieles davon, was sein Nachfolger Trump jetzt umsetzt, war schon unter Reagan vorgedacht und teils bereits eingeleitet. Aber Reagan war im Vergleich zu Trump dennoch ein Waisenknabe, respektierte zumindest das System ausgleichender, vermittelnder checks & balances, blieb dem Diskurs mit den Demokraten verpflichtet. Trump negiert all das und schert sich vor dem Hintergrund rundum erzielter Mehrheit und Allmacht einen Dreck darum. Seine Strategie in politischen Dingen ist allerdings nur allzu durchsichtig und läuft berechenbar stets in ähnlicher Weise ab. Wie ein Pokerrer oder Schachspieler denkt und kalkuliert er im Voraus: erst wird ein übergriffiges Ziel proklamiert wie im Fall Grönlands und Panamas (die sog. Bauerneröffnung). Dann wird abgewartet, wie die Reaktion ausfällt und ggf. Weiteres an Druck und Einschüchterung nachgeschoben, u. U. sogar mit militärischen Schritten gedroht. Im Fall Panamas ist Präsident Mulino beim Besuch und Gespräch mit US-Außenminister Marco Rubio bereits zum Teil eingeknickt. Aus dem global expansiven chinesischen Wirtschafts- und Infrastrukturnetzwerk „Neue Seidenstraße“, dem Panama 2017 beitrug, will das Land nun wieder austreten. Dafür sollen jetzt die USA in das lukrative Kanalgeschäft mit einsteigen und dort eigene Unternehmen ansiedeln dürfen. Trump hält die Kanalgebühren für passierende Schiffe, vor allem natürlich amerikanische, für viel zu hoch. Auch da wird ihm Mulino vermutlich weitgehend entgegenkommen, um seine Haut zu retten und sein Land vor einer drohenden US-Invasion zu bewahren.

Donald Trump respektiert im herkömmlichen Sinn keine demokratischen Spielregeln mehr, im Gegenteil, er münzt sie für seine Zwecke radikal um und missbraucht sie. Der 75-jährige Schauspieler Richard Gere bezeichnete ihn schlicht als einen „Halunken“. Er nimmt politische Dinge, die ihm persönlich missfallen, manisch egogestört übel. Das macht ihn massenneurotisch und massenpsychotisch kompatibel und seine eigene politische Neurose so bedrohlich und gefährlich. Er ist das Werkzeug eines sozialen Massen-Reflexes nach rechts. Auch darin gleicht er einem Hitler frappierend. Alles, worauf man bei der Lösung von Problemen und Krisen gerne verzichten kann. Solche Menschen, denen man nicht beibrachte, die nie wirklich gelernt haben, was Anstand, Gewissen, Feingespür, politische Ethik, soziale Verantwortung und Rücksichtnahme bedeuten und es darum auch nicht verstehen, dürften nach dem Maßstab politischer Hygiene nie zu politischer Macht und Einfluss gelangen, wonach sie seltsamerweise vorrangig aber streben, weil sie große Verderber sein können. Wie drückte sich der bedeutende Arzt, Virologe und Politiker, Rudolf Virchow, sinngemäß aus: Politik sei *Hygiene im Großen*. Die erzieherische wie demokratische Prophylaxe hat im Fall Trump auf ganzer Linie versagt. Jene unterstützen ihn und verlangen nach ihm, die in ihrer Persönlichkeit ähnlich angelegt und strukturiert sind. Trump ist zugespitzter Ausdruck eines gegenwärtigen globalen >Massenphänomens<, auf die Welt, wie sie mit allen ihren Übeln ist, im Grunde so zu reagieren, dass Menschen ihr Heil darin suchen, den Blick davon abzuwenden und gerade so Massenverführern auf den Leim gehen. Was nun beileibe keine Entschuldigung sein soll.

Trumps perfide Strategie der Machtusurpation mittels erzwingender „pax trumpania“ folgt einer auf strukturelle Verstetigung angelegten Agenda. Er hat noch einen ganzen Familienclan als Trumpf im Köcher und mit J. D. Vance einen Vize, der als Amtsnachfolger nach ihm noch schlimmer werden könnte als er selbst. Im Grunde geht es ihm auf ganzer Linie um die Beseitigung der US-Demokratie, um sie in seinem Kontroll-Sinn zu einer „gelenkten Demokratie“ zurechtzustutzen. Drei ausgewählte Vorgänge verdeutlichen augenfällig, wohin Trump die Entwicklung voranzutreiben gedenkt:

a. Trump will mit einer weitreichenden Anordnung zum Wahlrecht die Regeln für die Stimmabgabe deutlich verschärfen. Er wies dazu in einem Dekret mehrere Bundesbehörden an, Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine restriktivere Handhabung von Wahlrechtsregistrierung, Briefwahl und Wahlüberwachung abzielen. Zur Durchsetzung plant er finanziellen Druck auszuüben. Bestimmte Bundesmittel sollen nur noch Bundesstaaten zufließen, die Folge leisten.

b. Des Weiteren will er die US-Geschichte umdeuten und hat dazu seinen J. D. Vance, beauftragt, vor allem in Museen auf Darstellungen im Sinne der neuen Regierung hinzuwirken. Sein Dekret zur „Wiederherstellung von Wahrheit und Vernunft in der amerikanischen Geschichte“ begründet dies damit, dass es im vergangenen Jahrzehnt „konzertierte und weitverbreitete Versuche gegeben [habe], die Geschichte unseres Landes umzuschreiben und Fakten durch ein verzerrtes Narrativ zu ersetzen, das eher von Ideologie als von Wahrheit bestimmt ist“.

Dazu passt die von Trump betriebene Zerschlagung des Bildungsministeriums und die Kürzung und Streichung von Universitäts-Zuschüssen! Es wird in zweckdienlicher Projektion einer Gegenseite unterstellt, was der Republikaner Trump selbst im Schilde führt und umzusetzen vorhat: UNWISSENHEIT IST STÄRKE. Drei renommierte Wissenschaftler der US-Universität Yale, die Trump kritisch gegenüberstehen, wollen die USA verlassen, darunter die Historikerin Marci Shore und der Faschismusforscher Jason Stanley, die nach Kanada wechseln. Stanley begründete dies gegenüber ZEIT Online u. a. mit dem Druck der US-

Regierung auf die New Yorker Columbia University und deren „feiger“ Reaktion und sprach von „faschistischen Zuständen“. Shore sagte „Toronto Today“, sie befürchte einen Bürgerkrieg.

c. In einem Telefonat mit dem US-Sender NBC News schloss Trump eine dritte Amtszeit für sich nicht aus. Viele seiner Anhänger wollten, dass er es mache... Auf die Frage, ob ihm Pläne vorgelegt worden seien, die ihm eine dritte Amtszeit ermöglichen würden, antwortete er: „Es gibt Methoden, mit denen man das tun könne“. Dabei schloss er das Szenario nicht aus, dass sein Vize, J. D. Vance, für das Präsidentenamt kandidiere und dann Platz mache für Trump. Eine manipulative Rochade ähnlich wie Putin und Medwedew sie zwischen Präsidenten- und Ministerpräsidentenamt vornahmen.

Zwei eindringliche, fast schon dramatisch zu nennende, Warnungen des früheren Präsidenten und Demokraten, Joe Biden, sind hier anzusprechen: Nämlich seine Warnung vor einer Oligarchie in seiner Abschiedsrede an die Nation und seine Mahnung ans US-Militär bei der Abschiedsrede im Pentagon. Dabei warnte er zum einen vor einer Herrschaft der Superreichen, die im Land Wurzeln schlagen. Er wies auf eine „gefährliche Machtkonzentration in den Händen „einiger weniger extrem reicher Leute“ hin. Gefährlich sei diese insbesondere dann, wenn Machtmissbrauch unkontrolliert bleibt. Bei seiner Abschiedsansprache ans Militär richtete Biden einen eindringlichen, nationalen Appell an Offiziere und Soldaten. „Erinnern Sie sich an Ihren Eid“, sagte er. „Das ist eine Reihe von Prinzipien und Werten, die Ihnen Licht in der Dunkelheit geben, die Sie leiten“. Es gelte, sich „von den amerikanischen Werten und der Verpflichtung zu Ehre, Integrität und Einheit leiten zu lassen“. Es gehe nicht darum, eine Partei, einen Ort oder eine Person zu verteidigen, sondern eine Idee. Die Trump-Hegemonie ist dabei, alle diese Werte und Richtschnüre radikal auf MAGa-Weise zu diskreditieren bzw. für sich umzudeuten.

Israels „Eiserne Schwerter“

Bidens work und Trumps pressure. So wird in den Medien das Ergebnis der viele Monate dauernden Verhandlungen um Waffenruhe und Geiselfreilassung zwischen Hamas und Israel und den Vermittlern Katar, Ägypten und USA gehandelt. Zunächst sollte es in einer Phase I eine Waffenruhe von 42 Tagen geben und sollten in mehreren Schritten Gruppen der noch knapp 100 Geiseln frei kommen und dafür im Tausch sukzessive hunderte palästinensische Inhaftierte aus Gefängnissen entlassen werden. Gleichzeitig werden die Hilfslieferungen von WHO und WFP der UNO an Lebensmitteln und Medikamenten in größerem Stil wieder aufgenommen, die von Ägypten aus auf hunderten Lastwagen bis in den Norden des Gazastreifens gelangen. Wohn- und andere Gebäude in dem schmalen Küstenstreifen sollen bis zu 80 Prozent zerstört oder stark beschädigt und unbewohnbar sein, es bietet sich stellenweise soweit das Auge reicht ein einziges Trümmerfeld wie zu Weltkriegszeiten nach den verheerenden alliierten Bombardierungen deutscher Städte. 20 und mehr Jahre werde es dauern, bis man das wieder aufgebaut habe, meinte eine verzweifelte Bewohnerin in eine Reporterkamera. Es wird vermutlich länger dauern, denn das jetzige Abkommen bedeutet noch lange keinen Weg zum Frieden.

Wie viele verbliebene Geiseln überhaupt noch am Leben sind, ist völlig unklar, israelische Behörden schätzten zunächst, vielleicht noch ein Drittel der restlichen etwa 60. Unklar ist auch, wie es mit Phase II und III des Abkommens zwischen Hamas und Israel dann weitergehen soll. In Phase II geht es um das Freikommen der übrigen Geiseln und den Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza. Phase III hat die Verwaltungs-Zukunft des Gaza zum Inhalt, aus israelischer Sicht natürlich ganz ohne Hamas, die sich jetzt vorübergehend als

„Polizei“ aufspielt und wieder bewaffnet und verummmt in Erscheinung tritt. Es stand von Anbeginn zu befürchten, dass Phase II und III nicht umgesetzt werden, da Israel sein Kriegsziel weiterverfolgt, die Hamas vollständig zu vernichten. Das hängt auch davon ab, wie sich die USA unter Trump in dem Konflikt weiter verhalten werden. Kämpfer der dezimierten und teils führerlosen Hamas- und Hisbollah-Milizen sind offenbar u. a. im Westjordanland untergetaucht, wo die israelische Armee auf sie Jagd macht durch neue Militäroperationen und Luftangriffe ähnlich denen zuvor im Gazastreifen. Auch in Gaza greift Israel wieder jetzt militärisch an und kündigte damit das Waffenruhe-Abkommen von sich aus auf.

Israels militärische Vergeltungsaktionen in Gaza und im Libanon kosteten bisher 43.000 Tote und nahezu 90 bis 100.000 Verletzte – darunter tausende Frauen und Kinder! Appelle von außen, sich ans Völkerrecht und an internationale Kriegskonventionen verbindlich zu halten, verpufften. Israel tut für „seine Sicherheit“, was es will und im Sinne eigener Räson für richtig hält. Im Sinne der selbst gesetzten Verteidigungs- und Kriegsziele totaler Vernichtung (Ausmerzungen) des terroristischen palästinensischen Gegners, bis materiell wie menschlich nichts mehr von ihm übrig bleibt. So klar hat bisher selten jemand geplanten Völkermord definiert und vertreten. Die zahlreichen unschuldigen Opfer, die jeder Militärschlag, jede gezielte israelische Tötungsaktion nach sich zog und weiter nach sich zieht, sind für es weitgehend unvermeidbare „Kollateralschäden“.

Israel erntet heute weitgehend die Früchte seiner Gewalt, deren Saat es jahrzehntelang ausgestreut hat – vor allem durch seine rigide Besatzungs-, Siedlungs- und Vertreibungspolitik, die Hass und Rachsucht nach sich zieht sowie seine Feldzüge gegen arabische Staaten und das palästinensische Volk. Israel, d. h. seine Regierung und Armee, so musste man anhand der Fakten bald den Eindruck gewinnen, manövrierte sich bei seiner Vergeltungs- und Strafaktion für den 7. Oktober, „Eiserne Schwerter“, militärisch haushoch überlegen in eine Art „Blutrausch“ hinein. Der es Maß und Ziele bei seinem Vorgehen offenbar völlig aus dem Blick geraten ließ. Sogar Posten und Soldaten der friedenswahrenden UNIFIL-Blauhelmsoldaten im Libanon, etwa zehntausend an der Zahl, wurden im Süden des Landes immer wieder von israelischem Militär beschossen und angegriffen, um sie aus ihren Beobachter-Stellungen zu vertreiben. Neutrale Zeugen sind bei israelischen Kriegshandlungen offenbar unerwünscht. Aber UNIFIL wird bleiben, trotz immer wieder verletzter Soldaten und angerichteter Schäden bei provozierenden israelischen Übergriffen. In den von militärischem Hisbollah-Einfluss ausgedünnten Süden Libanons sollte die libanesische Armee als Israel-freundliche Ordnungsmacht nachrücken.

Wie schwelende Konflikte in Nahost auch von sich aus plötzlich eskalieren können, zeigte jüngst das Beispiel des unerwarteten, fast kampflösen Regime-Sturzes in Syrien. Die Interessenlage einer labilen Zweckallianz islamischer Milizen gegen al-Assad ist noch zu diffus, um im Augenblick feststellen zu können, wohin es dort gehen soll. Die größte Gruppe Haiat Tahrir al-Scham (HTS), von den USA und den Vereinten Nationen als terroristisch eingestuft, ist antiiranisch und wird bisher wohl von der Türkei maßgeblich unterstützt und ausgerüstet. Ihre Führung unter dem geläutert auftretenden Ex-AI-Qeida- und IS-Mitglied, Mohammend al-Dscholani (alias al-Scharaa), tritt bisher moderat und beschwichtigend auf. Gleichwohl schickte sich die HTS an, auch die kurdische SDF im Norden Syriens zu bekämpfen. Die kurdische Minderheit entlang der syrisch-türkischen Nordgrenze lehnt ein Machtarrangement mit al-Scharaa ab. Die HTS-Führung sucht nach neuen Verbündeten im arabischen Raum, etwa durch eine Annäherung an den Iran-Todfeind Saudi-Arabien. Adressierte Länder von Trumps aberwitzigem Vorschlag, Ägypten und Jordanien sollten einen Großteil der palästi-

nensischen Bevölkerung aus dem Gaza aufnehmen und ansiedeln, weisen dieses Ansinnen entschieden zurück. Sie haben kein Interesse, dadurch in ihren Ländern ein neues palästinensisches Flüchtlings- oder gar Terrorproblem zu bekommen, zumal etwa Jordanien schon Hunderttausende Flüchtlinge aus den Palästinensergebieten aufgenommen hat.

Aberwitzige Grille im Kopf des Erratikers Donald Trump ist sein geäußelter absurder Plan, den Gaza-Streifen durch die USA zu übernehmen. Um dort beim Wiederaufbau eine „Riviera des Nahen Ostens“ zu schaffen – freilich ohne die 2,2 Millionen palästinensischen Menschen, die in angrenzende arabische Länder „umgesiedelt“ werden sollen. D. h. dann vermutlich aneinandergereihete Hotelkomplexe, Glücksspiel-Casinos, Vergnügungsparks a la Disneyland, Yachthäfen, neuer Flughafen, Villen, Golfplätze, teure Einlieger-Lofts und internationales Rotlicht- und Drogenmilieu für betuchte Reiche und Gäste aus aller Welt unter US-Protektion. Kuba vor der siegreichen Castro-Revolution lässt grüßen. Eine Steigerung der Spielhölle von Las Vegas und Neuauflage eines „Sodom und Gomorra“ des Nahen Ostens.

Trump's jetzt über Truth Social lancierter, tatsächlicher Gaza-Clip bestätigt diesen Horror nur noch: man sieht Bilder von Hamas-Kämpfern und Kindern in zerlumpter Kleidung, dazu den Schriftzug „Gaza 2025“. Dann leitet die Szenerie über in eine Vision futuristischer Hochhäuser und Straßenpromenaden mit einer riesigen vergoldeten Trump-Statue. Trump ist mit einer Bauchtänzerin in einem Nachtclub zu sehen, auf einem Schild steht „Trump Gaza“. Trump und Netanjahu liegen nebeneinander in Badehosen an einem Pool und sonnen sich... Dieser maßlos übertriebene, zugleich so verstörende wie verächtliche Clip hat sicher eine gewisse ironisch übertönende Note seines Auftraggebers. Aber jede mehr als geschmack- und pietätlose Verulking dieser Machart verbietet sich angesichts dessen, was die israelische Armee auf Befehl ihres obersten Sonnenbaders an Leid, Elend und Verbrechen gegen den Gaza und viele seiner ausgebombten, vertriebenen und getöteten Menschen angerichtet hat! Man kann das Video nur als einem diabolischen Hirn entsprungen empört verurteilen und entschieden zurückweisen.

Trump und seine Videoclipper haben wohl Ephraim Kishons beißende Satire in der Kurzgeschichte vom „Blaumilchkanal“ in den falschen Hals bekommen: Darin gräbt ein entfloher Heilanstalt-Insasse die Hauptverkehrsader der Allenby-Street in Tel Aviv mithilfe eines Presslufthammers und tatkräftiger Unterstützung der städtischen Baubehörde so lange um, bis man die Küste erreicht und von dort die Wassermassen sich in die Stadt ergießen. Aus Tel Aviv wird fortan eine Art *Venedig des Ostens* – statt Autos fahren nun Boote und Gondeln durch die Straßenkanäle, Polizisten regeln jetzt den Verkehr auf dem Wasser des Allenby-Kanals und die meisten sind zufrieden, die Polizei, die verstörte Baubehörde, die vom Baulärm genervten Anwohner.* Nur zwei nicht: Der Bürgermeister, der im Verdacht steht, das Chaos angerichtet zu haben, der deshalb in die Psychiatrie eingewiesen wird und der irre Blaumilch, der enttäuscht über mangelnde Wertschätzung seines Kunstwerks erneut mit dem Presslufthammer in Aktion tritt, diesmal auf dem Rathaus-Vorplatz...

(* siehe Ephraim Kishon: „Der Blaumilchkanal. Satirische Szenen“; 1976⁴; es gibt auch eine kongeniale Verfilmung des Satire-Stoffes unter Kishons eigener Regie, ISR/USA/BRD 1969).

Der demokratische US-Senator Chris Murphy, schrieb auf X, dass Trump jetzt wohl „völlig den Verstand verloren“ habe. Eine US-Invasion im Gaza, so seine Worte, würde zum „Tod tausender US-Soldaten und jahrzehntelangem Krieg“ führen, das Ganze sei wie ein „schlechter kranker Witz“. Es würde auch bedeuten, den Menschen im Gaza ihre letzte zerstörte Heimat wegzunehmen – so sehr sich Israel auch bemühte, sie in Grund und Boden

kaputt zu bomben und auf Jahre unbewohnbar zu machen. Nur um in seiner Straf- und Vergeltungsaktion einige tausend Hamas-Terroristen zu eliminieren. Das ist das eigentliche schändliche Kriegsverbrechen der rechtsreligiös-extremen Netanjahu-Regierung und seiner Armee, und zugleich eine verächtlich-zynische Respektlosigkeit gegenüber den zig Tausenden Menschen, die dabei ihr Leben verloren haben und teils noch unter den Trümmern der Ruinen begraben liegen.

Gleichwohl begrüßte der per Haftbefehl des Haager Gerichtshofs gesuchte Premier Netanjahu bei seinem Besuch am Marmeladentag (3. Februar) im Weißen Haus die „frischen Ideen“ Trumps, der andere Pläne für die Zukunft des Gaza habe und damit beweise, von „konventioneller Denkweise“ abzurücken. Diese Art zu denken, werde „den Nahen Osten verändern und Frieden bringen“, so der Co-Verrückte Netanjahu. Da ist er wieder, der Orwellsche Neusprech „KRIEG BEDEUTET FRIEDEN“. Saudi-Arabien, das Trump eigentlich für seine Abraham-Accords-Pläne gewinnen wollte, hat anderslautend als Trumps lügenhafte Lesart dagegen klar gemacht, dass man auf Schaffung eines Palästinenser-Staates bestehe mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Eher gäbe es mit Israel keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Trumps kühn-dreistes Vorhaben hält man seitens der Hamas für ein „Rezept, um Chaos und Spannungen in der Region zu erzeugen“ wie ein ranghoher Sprecher, Sami Abu Suhri, unterstrich und Widerstand dagegen ankündigte. Ägypten hat als einer der Vermittler der Geisel-/Waffenruhe-Verhandlungen nun einen eigenen Gaza-Wiederaufbauplan angekündigt, durch den laut dem Außenministerium in Kairo „die Palästinenser in ihrem Vaterland bleiben können und ihre Rechte gewahrt werden“, was man in Zusammenarbeit mit den USA umsetzen wolle.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan verfolgt als Gewinner der neuen Entwicklung vor allem zwei Ziele: die über drei Millionen Syrien-Flüchtlinge in seinem Land loszuwerden und nach Syrien zurückzuschicken, seinen Einfluss in der Region zu stärken und die Machtstellung der kurdischen YPG entlang der syrisch-türkischen Grenze zu brechen. Trotz des russischen Marinestützpunkts in Tartus, für den der Vertrag ausläuft und Luftwaffenstützpunkts der Russen Hmeimim bei Latakia hat al-Assads „Schutzmacht“ nicht mehr in die Kämpfe eingegriffen, um sich neben der Ukraine keinen weiteren Kriegsschauplatz aufzuhalten. Mit etwa 900 Soldaten sind im Norden Syriens zudem die USA präsent im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS). Sie sind quasi Schutzmacht der kurdisch dominierten Syrian Democratic Forces (SDF). Nicht zu vergessen die massive Marine-Präsenz der USA mit zwei Navy-Trägergruppen und zehntausenden Soldaten vor der libanesisch-syrischen Mittelmeerküste. Die neu geschaffene Kräftekonstellation macht im sprichwörtlichen Sinn dem Begriff vom Pulverfass, an dem schon die Lunte glüht, alle zweifelhafte Ehre.

(s. Dossier ‚Nahost‘ mit sechs Beiträgen zu: „Deutschland unterstützt den Krieg in Gaza“, in: ‚die internationale‘, Januar/Februar, 1/2025, S. 27-47; www.intersoz.org).

Russlands Krieg um Herrschaft und Einfluss

Die stete Rede allüberall davon, die Ukraine müsse im Krieg mit Russland siegen und dafür militärisch genügend ausgestattet werden, um in eine angeblich starke Verhandlungsposition zu gelangen, treibt diese in eine paradoxe Eskalation, bei der sie am Ende nur verlieren kann gegen eine atomare, an Kriegsressourcen haushoch überlegene Großmacht. Diese Rede vergisst auch, dass eine Verhandlungsposition in Konfliktlagen nur dann „stark“ ist, wenn ihr eine echte, auf Frieden zielende zivile Substanz zu Eigen und sie auf Lösungen, statt Kompromisse aus ist. Die Souveränität und Bewahrung geographischer Integrität der angegriffenen Ukraine kann nicht zur Disposition gestellt werden. Um nicht falsch verstanden zu werden: Kein Pazifismus kann der Ukraine vorschreiben oder abverlangen, „waffenlos“, d.

h. gewaltfrei wehrhaft und sozial verteidigungsfähig zu sein, wenn sie darauf nicht vorbereitet und eingestellt ist. Doch welche „Waffen“ zur Unterstützung sind gemeint? Welcher Frieden wäre gemeint und anzustreben? Welches politisch-historische Versagen der Kriegsmächte liegt dem Ganzen dieses Krieges – auf beiden Seiten – zugrunde? Dies hat ein Pazifismus nüchtern festzustellen und unermüdlich kritisch an- und zu hinterfragen und jeder Gewalt-Eskalation durch immer mehr Rüstung „effektiver“ Waffen eine entschiedene Absage zu erteilen und dies abzulehnen. Solche Kriterien machte mahnend einst sogar die Theorie vom „gerechten Krieg“ geltend, die heute in den Wind geschlagen werden. Statt eines Friedensplans hält der ukrainische Präsident aber einen ominösen „Siegesplan“ vor, mit dem er im Westen hausieren und um Waffen betteln geht. Er rechnet und baute bislang auf Trumps „Unberechenbarkeit“ für Moskau. Sogar Moskau wird inzwischen mit neu entwickelten und weiter reichenden ukrainischen Drohnen erreicht und auch angegriffen.

Unberechenbar, ja kontraproduktiv erweist sich Trumps neues Vorgehen jedoch vor allem für die Ukraine. Man ist unter Trump in Washington nicht mehr gewillt, die ständigen Militärspritzen für Kiew weiter ohne gebührende Gegenleistung des angegriffenen Landes zu leisten. In nur als nötigend und erpresserisch zu nennender Weise, strebt die Trump-Administration einen Rohstoff-Militärhilfe-„Deal“ mit der Ukraine an, dass diese dafür im Gegenzug wertvolle Seltene Erden und andere metallische Rohstoffe an die USA abtritt, wozu Präsident Selenskyj im Grunde auch bereit wäre. Die jüngste Demonstration Trumpschen republikanischen Elefant-im-Prozellanladen-Stils geschah beim Besuch Selenskyjs in Washington, als es beim abschließenden Pressetermin im Oval Office zu einem Eklat mit einem Verbalangriff Trumps und seines Vize, J. D. Vance, auf Selenskyj kam.

Davor waren der britische Premier Keir Starmer und der französische Präsident Emmanuel Macron zu Audienzen angereist. Während Starmer servil und gefällig die enge britisch-amerikanische Bindung beschwor, dürften dabei von Macron deutlichere Worte hinsichtlich der Rolle der USA für die westliche Bündnisstabilität gefallen sein. Die Briten hängen waffentechnologisch stark am US-Militärtropf, nuklear verfügen sie noch über vier US-Trident-Atom-U-Boote für eine Minimalabschreckung. Die USA unterhalten Luftwaffenbasen vor allem im Südosten der britischen Insel. Frankreich setzt hingegen selbstbewusster auf seine weit aufwendigere nukleare „Force de Frappe“ zu Land, Wasser und in der Luft. Die sich materiell und befehlsstrukturell dennoch als wenig geeignet für einen europäischen atomaren Schutzschirm eignen dürfte.

Von dem Doppelbesuch anscheinend gestresst, fiel Trump vor laufenden Kameras wie eine Polithyäne offen über den Ukrainer Selenskyj her, den er früher schon mal einen „Diktator“ nannte, der nun sein Fett abbekam. Selenskyj sei sogar „besser angezogen“ frotzelte er schon bei dessen Empfang am Eingang des Weißen Hauses. Trump kanzelte seinen Besucher dann auf derbe Weise lautstark als undankbaren Gesellen und Provokateur eines dritten Weltkriegs ab, der sein Volk verrate und machte ihm klar, was für ein armes abhängiges Würstchen er sei. Selenskyj habe *keine guten Karten im Spiel* aufzubieten. Er könne nicht einmal „Danke“ sagen, mischte sich Vize J. D. Vance in die Demütigung noch mit ein. Wer mit Trump „dealt“, dealt nur auf dessen Art, d. h. zum eigenen Nachteil.

Im Gegenzug für sein Ja zu einem Deal besteht Selenskyj im Krieg mit Russland auf Sicherheitsgarantien der USA für einen Verhandlungsfrieden, die Trump nicht bedingungslos zu gewähren gewillt ist. Die westliche und diplomatische Welt zeigte sich überwiegend geschockt von diesem Affront auf offener Bühne, der offenbar bewusst inszeniert wurde, um

Selenskyj vorzuführen. Der Pressetermin wurde jäh abgebrochen und Selenskyj reiste unverrichteter Dinge vorzeitig ab. Ein in der neueren Diplomatie-Geschichte bisher wohl einmaliger Vorgang, der im atlantischen Verbund noch Folgen haben wird. Man wird sich diesen 28. Februar gut merken müssen als den Tag, an dem Trump endgültig die Maske fallen ließ und unbeherrscht sein wahres Gesicht zeigte. Trump ist nicht vor Putin eingeknickt, wie es die Militärexpertin Claudia Major formulierte. In Trump und Putin nähern sich zwei „Typen“ einander strukturell an, die sich gemeinsam ähnlich einem Hitler-Stalin-Pakt 2.0 die Ukraine gefügig machen wollen. Dieser Trump, der anderen Dinge, die ihm missfallen, persönlich übel nimmt, hat Verfügungsgewalt über Atombomben und ist Oberbefehlshaber der stärksten Armee der Welt. Die auf allen Meeren mit hochgerüsteten, maritimen Carrier-Groups aus Kriegsschiffen und Zehntausenden Marines-Elitesoldaten präsent ist, falls erforderlich jeweils vor Ort massiv einzugreifen und zuzuschlagen! Der US-Militäretat beträgt weit über 900 Milliarden Dollar.

Aus dem Krieg will Trump gewinnend Kapital für die USA schlagen. Ein die Ukraine ebenso düpierendes wie verhöhnendes Gekungel der USA hinter den diplomatischen Kulissen mit Moskau zeigt die Kopflosigkeit des Trump-Vorstoßes für einen schnellen „Frieden“. Die Ukraine soll nach Trumps Vorstellung und Forderung auf eroberte Gebiete des eigenen Terrains verzichten und auch keinen NATO-Mitgliedsbeistand erhalten, was ganz in Putins Sinn ist und seinen Kriegszielen entgegenkommt. Zusammen mit Russland, China und den USA fällt der UNO-Sicherheitsrat erstmals einen verbindlichen Beschluss zum Ukraine-Krieg, der Russland nicht als Aggressor nennt und mit 10 von 15 Stimmen des Gremiums die erforderliche Mehrheit erhielt. Alle fünf europäischen Länder des Ständigen Rates, Großbritannien, Frankreich, Slowenien, Dänemark und Griechenland enthielten sich.

Der militärische Kamikaze-Vorstoß der ukrainischen Streitkräfte 2024 in die grenznahe russische Region Kursk sollte für Gebietsgewinne als Verhandlungsaustausch sorgen und die eigenen Truppen durch Bindung bis zu 50.000 russischer Soldaten entlasten, die auf breiter Donezk-Front schwer unter russischem Dauerbeschuss mit von Dorf zu Dorf stetig vorrückenden Offensivspitzen Moskaus stehen. Das könnte sich für Kiew jetzt als Bumerang erweisen, da ukrainische Truppen in der Kursk-Region am Zurückweichen sind. Weiterhin sind zahlreiche ukrainische Städte wie Kiew, Charkiw, Saporischschja, Odessa, Cherson, Dnipro, Poltawa, Sumy u. a. permanentes Ziel russischer Angriffe mit Kampffjets, Kampfdrohnen, Marschflugkörpern, Raketen, Gleit- und Lenkbomben gegen Energie-Infrastruktur und städtische Wohnareale. Neuerdings setzt Russland weitreichende Raketen des neuen Typs Oreschnik ein, die von Rampen am Kaspischen Meer aus gestartet werden, aber auch in Belarus stationiert werden sollen. Das nun in Kämpfen um Kursk zum Einsatz kommende 10 bis 12.000 Soldaten zählende nordkoreanische Expeditions-Armeekorps könnte für die ukrainische Armee theoretisch eine schwer kalkulierbare Bedrohung darstellen. Doch sollen von ihnen wie südkoreanische Quellen besagen wegen mangelnder Kampferfahrung bereits über 3.000 Soldaten getötet oder verletzt worden sein. Bei einer Parade zur Begrüßung glänzten die Nordkoreaner mit Demonstrationen von Nahkampf-Kung-Fu, was wohl mehr heiße Luft und Show-Effekt war.

Längst ist dieser Krieg ein zermürender Abnutzungs- und Stellungskrieg geworden mit hohen Verlusten auf beiden Seiten bei einem überlegenden Kräfteverhältnis Russland-Ukraine von etwa 4 zu 1 bei „Man-Power“ und Kriegsführungspotenzial. Der Ukraine mit 38 Millionen Einwohnern geht dabei langsam das Schlachtfeld-Personal aus. Beide Länder haben auf Kriegswirtschaft umgestellt. Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall lässt per Joint-Venture auf ukrainischem Boden Waffen und Munition produzieren und stellt War-

tungspersonal für deutsche Panzer und Artilleriegeschütze zur Verfügung. Russland mit einer Bevölkerungszahl von 144 Millionen Einwohnern könnte gut zwei bis drei Millionen Soldaten mobilisieren und hat deren Zahl unlängst auch auf 1,5 Millionen erhöht, während sich die Ukraine allerhöchstens auf bis zu 900.000 Reservisten stützen könnte, dann ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Dass Putin vorhabe, auch eine überlegende NATO an der Polen- und Baltikum-Flanke anzugreifen, wäre die Bastion Kiew erstmal gefallen, gehört zu den ideologischen Begleiterzählungen des die angegriffene Ukraine unterstützenden Westens und ist wohl eine medial breit gestreute Mär und reines Drohgespinnst, um weitere NATO-Aufrüstung zu evozieren und ein neues Feindbild Russland zu festigen.

Sowohl Kriegsherr Putin als auch sein Außenminister an der Leine, Sergei Lawrow, haben wiederholt erklärt, kein Interesse an einem „großen Krieg“, sprich Krieg mit der NATO, zu haben mit möglicherweise nuklearer Komponente. Die beteiligten Seiten könnten dabei nur verlieren, heißt es warnend aus dem Kreml. Sowohl NATO als auch Russland proben ungeachtet dessen in Manövern ihre nukleare Angriffsfähigkeit. Die bereits im Sommer vorgenommene und noch 2024 von Putin ratifizierte neue Nuklearwaffen-Strategie wertet und schließt es als neue Bedrohung ein, sollten westliche Ukraine-Unterstützer auf die Idee kommen, die Ukraine mit offensiven Raketenwaffen auszustatten wie es die USA, Großbritannien und Frankreich längst schon tun. Auf ganzer zivil-militärischer Linie hat Russland deshalb seine Luft- und Bodenoffensiven noch erhöht und weitet sie auf neue Raketen-Waffensysteme aus, die sich teils noch im Experimentierstadium befinden.

In Polen und Rumänien sind abschreckend taktische US-Mittelstreckenraketen stationiert, die sich als Äquivalent gegen die russische Raketenstationierung im Kaliningrader Gebiet richten und auch Städte wie Moskau und St. Petersburg erreichen. Echte Sorgen bereitet dem Westen das kleine Land Moldau an der Südwestgrenze zur Ukraine. In der seit 1992 abtrünnigen, weiter zu Russland sich zählenden Region Transnistrien entlang des Ostteils des Binnenlandes, ein nur schmaler Landstreifen von vielleicht 3.600 km², sollen 2.000 russische Soldaten stationiert sein, die dort auf dem Luftweg versorgt werden. Die gerade wiedergewählte, westlich, d. h. NATO- und EU-orientierte Regierung Moldaus, hat darüber keine Kontrolle. Die russische Offensive 2022 in der Südukraine, die über Mariupol auf Cherson und Odessa zielte, um dann an Moldau anzuschließen, wurde allerdings von der ukrainischen Armee aufgehalten und bei Cherson gestoppt. Seither ist die Front dort festgefahren, obwohl Russland die letzte verbliebene größere Hafenstadt Odessa am Schwarzen Meer immer wieder heftig aus der Luft angreift.

Die etwa 50 bis 60 von NATO-Ländern wie den Niederlanden und Dänemark an die Ukraine abgetretenen amerikanischen F-16-Kampffjets kommen wegen der aufwändigen Einweisung und Flugtrainings in NATO-Ländern wie Rumänien und Griechenland erst schleppend zum Einsatz. Erste gelieferte Exemplare hätten laut Selenskyj bereits russische Raketen abgeschossen und Bevölkerung und Infrastruktur wirksam geschützt. Selenskyj bezifferte allerdings den ukrainischen Kampffjet-Bedarf auf etwa das Doppelte von ungefähr 110 bis 112 Maschinen. An Polen richtete er heftige Vorwürfe, deren Luftwaffe würde wie vereinbart ihre letzten russischen MIG-29-Kampffjets nicht an sein Land übergeben. Der polnische Verteidigungsminister konterte, man habe schließlich auch eigene Sicherheits- und Verteidigungsinteressen, die vorgingen. Frankreich will seinerseits mindestens 20 seiner Kampffjets „Mirage-2000“ der Ukraine übergeben. Denn auch Frankreich ist im Gegenzug für nicht nur selbstlose Militärhilfe an Rohstoffen aus der Ukraine, insbesondere Seltene Erden, interessiert, weshalb man anscheinend schon seit Oktober 2024 mit Kiew im Gespräch ist.

Die ukrainische Rüstungsindustrie hat sich in der Luft und zu Wasser vor allem auf die Produktion verbesserter und weiter reichender Flieger- und Seedrohnen in großer Stückzahl verlegt. Immer wieder werden so erfolgreiche Angriffe auf russische Munitions- und Treibstoff-Depots, Kriegsschiffe und Marineanlagen auf der Krim ausgeführt. Getroffen wird durch ukrainische Drohnen auf russischem Gebiet aber auch die Zivilbevölkerung mit Toten und Verletzten. Kiew will den Krieg mit seinen Schrecken auch auf russisches Terrain tragen und wird in diesem Ziel von deutschen Pro-Kriegs-Politikern wie Roderich Kiesewetter und Norbert Röttgen (beide CDU) ausdrücklich unterstützt. Es steht zu befürchten, dass der von der Ukraine begehrte deutsche Taurus-Marschflugkörper, den amerikanischen Atacms, britischen Storm Shadows und französischen Scalps technisch und an Reichweite, Wirkung und Treffgenauigkeit überlegen, nun unter einer voraussichtlichen Merz-Unions-Regierung mit modifizierten Reichweiten bald an Kiew geliefert werden könnte, wozu Merz eine positive Einstellung bereits signalisierte und worauf Selenskyj nun hofft.

In Washington hatte noch Präsident Biden die Lieferung an Kiew von Atacms-Raketen mit bis zu 300 Kilometern Reichweite zum Einsatz in der russischen Region Kursk freigegeben – zur offenen Verwunderung selbst von Präsident Selenskyj. Der beim Grünen-Parteitag 2024 frisch gekürte Kanzlerkandidat Habeck nahm dies offenbar als Blaupause für eine von ihm befürwortete „Taurus“-Lieferung an die Ukraine. Beides wird den Krieg natürlich weiter ausweiten und verschärfen. Taurus müsste überdies vor Ort von deutschen Bundeswehr-Logistikern auf Ziele scharf gemacht werden. Das käme einer direkten Nato- Kriegsbeteiligung gleich, sagt Moskau. Kremlsprecher Peskow spricht im Atacms-Fall davon, dass die USA für Russland nun direkte Kriegspartei seien und kündigte eine Reaktion an. In der Kriegsfrage hatten zum Termin der Bundestagswahl nur die Partei Die Linke und das BSW ernst zu nehmende Friedenspositionen, letztere in durchaus fragwürdigem Kontext.

Das Ziel, Russland müsse den Krieg verlieren, die Ukraine solle ihn gewinnen, kann nur bedeuten, diesen Krieg einer tief in ihn verstrickten NATO fortzuführen und weiter zu eskalieren unter hohen Opferkosten und Schäden. Selbst Selenskyj bekommt darüber inzwischen kalte Füße, denn er weiß, seine inzwischen kriegsmüde Bevölkerung blutet kriegsbedingt allmählich aus und eine bis zu 80 Prozent zerstörte bzw. beschädigte Energieinfrastruktur trifft sein Land am wunden Nerv. Dabei haben die Russen noch gar nicht damit begonnen, das gut ausgebaute ukrainische Schienen- und Nachschubnetz ins Visier zu nehmen, was bisher weitgehend unterblieb. Scharen westlicher Politiker und Journalisten erreichen in der Regel von Polen kommend in nächtlichen Fahrten Kiew per Zug, da der Flughafen der Hauptstadt bis auf weiteres ausfällt, weil ein Flugverkehr zu riskant wäre. Die Bundeswehr wird mit zwei weiteren Patriot-Raketen-Batterien den Schutz des kriegslogistisch wichtigen Militärflughafens nahe einer nicht genannten Stadt in Südostpolen übernehmen, worüber auch der meiste NATO-Nachschub per Bahn in die Ukraine abgewickelt wird.

Die Kriegsfortsetzung wird den Westen, vor allem die europäischen Verbündeten, noch mehr Geld kosten, die Inflation wieder hochtreiben, die westliche Lebenshaltung spürbar treffen und verteuern. Auf 2,2 Prozent ist aktuell die Inflation gegenüber Ende 2023 (1,6 %) wieder angestiegen. Das werden vor allem die Ärmere empfindlich zu spüren bekommen. Noch steht die deutsche Bevölkerung etwa zwei Drittel zu ein Drittel hinter einer weiteren Ukraine-Unterstützung, lehnt aber zu rund zwei Dritteln eine Taurus-Lieferung noch ab. Seit Invasionsbeginn besteht die Kriegsalimentierung und Militärhilfe für die Ukraine durch den Westen bisher aus einer Aufwandssumme allein der USA von 114,2 Mrd. Euro, der EU von

48,9 Mrd. und Deutschlands von 17,3 Mrd. Euro (Zahlen nach ARD-Pressclub vom 2. März). Zum Vergleich: der II. Weltkrieg kostete die daran Beteiligten nach heutiger Bemessung etwa 700 Milliarden Dollar und der Schaden an Kultur und Mentalität war schlicht unschätzbar. Zig Millionen Menschen kamen zu Tode und wurden durch Völkermord vernichtet. Das ist den wieder zündelnden Nachfolgenden offenbar immer noch keine genügende Lehre und heute kommen eine virulente nukleare Welt-Bedrohung sowie die Klimakatastrophe noch hinzu.

Reichlich Nahrung für mediale Spekulationen bezüglich eines Kriegsendes und möglicher Friedensverhandlungen boten Berichte aus den USA. Als der vom neuen Präsidenten Trump ernannte achtzigjährige Ukraine-Sonderbeauftragte und Ex-General, Keith Kellogg, mit ersten Plänen dazu an die Öffentlichkeit trat. Demnach wird es wenn, dann keinen Siegfrieden für die Ukraine geben, eher einen Verlustfrieden. Und auch keine direkte NATO-Mitgliedschaft, allerdings dann verbindliche Sicherheitsgarantien, jedoch durch wen und welcher Art? Der Plan des früheren Stabschefs Trumps des Nationalen Sicherheitsrates, Kellogg, sieht im Wesentlichen Maßnahmen und Bedingungen vor, die Kriegsparteien in Kiew und Moskau an den Verhandlungstisch zu zwingen unter Einfrieren der Frontlinien an ihren aktuellen Positionen. Die Ukraine soll dann nur noch US-Waffen erhalten, wenn sie in Friedensverhandlungen eintritt. Andererseits erginge die US-Warnung an Russland, dass jede Weigerung zu verhandeln zu einer verstärkten Unterstützung der Ukraine durch die USA mit Waffen führen würde. Ein typischer, schwer hinkender Vorschlag eines Militärgehirns, an dessen Zug- und Überzeugungskraft berechtigte Zweifel anzumelden sind.

Der Versuch der USA unter Präsident Trump, einen Frieden im Russland-Ukraine-Krieg quasi mit der Brechstange erzwingen zu wollen, widerspricht allen Prinzipien der Diplomatie, Konfliktstrategie und des Gewaltverzichts, über Verhandeln mit allen und durch Einbezug aller Beteiligten und aller Belange voranzukommen. Er führt so unweigerlich in eine Sackgasse und ist zum Scheitern verurteilt. Zumal die USA daraus für sich noch Rohstoff-Kapital schlagen wollen, was man in Kiew als Erpressung empfindet. Als ebenso untauglich dürften sich westliche Vorschläge (Frankreich, Großbritannien) erweisen, nach einem Friedensschluss europäische, d. h. NATO-Truppen in einer entmilitarisierten Ukraine als Sicherheitsgaranten zu stationieren, die vorher militärische Unterstützer und Verbündete der Ukraine waren. De facto wäre das ein weiteres Vorrücken und die feste Installation einer NATO-Präsenz. Dem jüngsten Vorschlag von Präsident Putin, unter UN-Verwaltung Wahlen in der Ukraine abzuhalten, um zu einer „friedensfähigen“ Regierung in Kiew zu gelangen, was die eigene Verfassung unter Bedingungen des Kriegsrechts verbietet, hat UN-Generalsekretär Antonio Guterres zu Recht eine Absage erteilt. Es gehört wohl mit zu den taktischen Spielchen, die Moskau sich derzeit im Windschatten der USA erlauben kann. Die Versuche zeigen insgesamt, dass die „Friedensverhandler“ den Kern des Problems weder zu erfassen noch zu verstehen scheinen.

Nach Experten im britischen Verteidigungsministerium sind (Stand Herbst 2024) offenbar allein an die 700.000 russische Soldaten gefallen, verwundet und verstümmelt worden. Staatschef Selenskyj bezifferte bisher die Verluste der Ukraine mit insgesamt 45.000 Gefallenen und 370.000 Verwundeten und Verletzten, wovon die Hälfte wieder auf das Schlachtfeld zurückgekehrt sei. Man sehe, heißt es, in den Städten sehr viele ukrainische Kriegsversehrte. Zehntausende ukrainische Männer haben sich als es noch ging der Einberufung zum Militär entzogen und setzten sich in westeuropäische Länder ab. Mehrere Millionen Ukrainer:innen flüchteten außer Landes, viele von ihnen nach Polen und Deutschland. Mehr als

12.000 ukrainische Zivilisten (genaue Zahl unbekannt) sollen gemäß UN-Angaben bisher bei russischen Luftangriffen, Bombardements und Artilleriebeschuss getötet worden sein und jeden Tag sterben durch zunehmende russische Angriffe weitere. Die ukrainische Großstadt Mariupol am Asowschen Meer wurde 2022/23 in einer erbitterten Schlacht nahezu vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Zehntausende Bewohner und Bewohnerinnen mussten fliehen. Der Verlust an Soldaten und die zivile Opferzahl auf ukrainischer Seite soll dabei um die 20.000 betragen haben. Beide Kriegsparteien zahlen einen entschieden zu hohen menschlichen Preis an Opfern und materiellen Gütern, um das gegenseitige Schlachten nicht augenblicklich in einem bedingungslosen Waffenstillstand zu beenden.

Deutsche Friedensohnmacht

Länder wie Deutschland werfen ihre Gelddruckmaschine an, um mit neuen sog. Sondervermögen in dreistelliger Milliardenhöhe völlig über die eigenen Verhältnisse überhaupt noch die militärischen und infrastrukturellen Anforderungen, vor die man sich gestellt sieht, stemmen zu können. Und Medien kommentieren schon, es bräuchte zu den beschlossenen 500 Milliarden mindestens nochmal dieselbe Summe...

Die 2/3-Abstimmung hierfür am 18. März im noch alten, abgewählten Deutschen Bundestag, um eine künftige Sperrminorität aus Linken und AfD-Rechten zu umgehen, ist ein höchst bedenklicher Vorgang und Demokratie-Skandal, die neue „Drittel“-Opposition präventiv kalt auszuschalten. Im Falle der AfD sind das ungefähr 10 Millionen Wählerinnen und Wähler, die die herrschende Mitte-Politik ausschließt und an den Rand drängt. Weder die Union noch die SPD hätten das, was man zu Recht einen „Coup“ gegen alle demokratische Rason und jedes Maß nennen muss, in einer Oppositionsrolle nie mitgetragen. Doch diese „Blase“, die jeden denkbaren Rahmen weit überdehnt, muss absehbar irgendwann platzen. Warum haben Union und SPD, so ist doch zu fragen, den Wählenden nicht vorher im Wahlkampf reinen Wein eingeschenkt, als die „oben“ um das Kommende wussten und man die „unten“ darüber bewusst im Unklaren ließ? Die Trump-Wahl in den USA und ihre Folgen für die Erosion der transatlantischen Achse sowie eine vermeintlich wachsende Kriegsgefahr durch Russland können das weder zureichend begründen noch ausreichend erklären. Beides wusste man in Berlin schließlich vorher. So wird aus Politik eine Ansammlung von irreführenden „Wordings“, wie das heute so schön heißt. Was kann die betrogene Wähler:inschaft tun? Noch mehr AfD wählen bis sie die Mehrheit in Land und Parlament hat? Das wäre wohl der Neuaufguss von Weimar im Januar 1933 und dann gute Nacht, Demokratie!

Das Vorgehen der vermutlich künftigen schwarz-roten Merz-Klingbeil-Regierung, die bis jetzt noch nicht einmal einen Koalitionsvertrag vereinbart hat, mithilfe vergangener Mehrheiten, die keine mehr sind, das riesige Schuldenpaket noch schnell durchzuschleusen, ist ein schweres Demokratie-Menetekel, das Schwarz-Rot von Anfang an belastend anhaften und vor allem den Trend zu Rechts weiter befeuern und beflügeln muss. Da nun propagandistisch wie von Trump in den USA ungeniert von einem „riesigen“ Wahlbetrug vor allem der Union gesprochen werden kann und wird. Das alles nimmt herrschende Politik um des Machterhalts willen offenbar in Kauf. Geldmenge deckt nicht mehr äquivalent Warenmenge. Längst sind nationale Ökonomien wie die deutsche nur noch schwelende „Inflations“- und Kollaps-, keine Wachstumsökonomien mehr. Auch wenn sie sich noch so krumm legen, strukturell schwankende Wirtschaftsdaten statistisch noch als Tendenz zu prozentualem Null-Komma-„Wachstum“ auszugeben. Der Inflationswurm hat sich tief im Gebälk von Wirtschaft und Handel festgefressen und wird die Preise und Lebenshaltungskosten weiter antreiben bzw. hoch halten und zusätzlich viele Menschen verarmen lassen. Der Anteil an

Grundsicherungs-Abhängigen ist deutlich angestiegen. Der Kapitalismus und Marktwirtschaft werden in Treu und Glauben zu ihnen in ihren Mechanismen fahrlässig völlig überdehnt. Das kann auf Dauer nicht gutgehen.

Bald an jeder Straßenecke geht die Furcht um, jeder und jede könnte zu jeder Zeit Opfer durchgedrehter Islamistisch orientierter Amoktäter werden, ob nun politisch motiviert oder psychisch verstört. Laufend krachen Kamikaze-Täter mit ihren Autos in Menschenmengen oder leisten sich Messerattacken an Orten, wo sich viele Menschen aufhalten. Ordo-Politiker des Law-and-order-Prinzips nehmen dies zum Anlass, die staatliche Kontrollschraube weiter anzuziehen. Man habe genug, schiebt die ausländischen Täter endlich ab, ertönt es von Politikern wie Merz. Die Abstimmungs-Kumpanei von rechtskonservativ und extrem rechts bei der Migrationsfrage brachte hierzulande bei Aktionen, Demos und Kundgebungen in Städten und Regionen flächendeckend erfreulicherweise Hunderttausende Menschen spontan auf die Straße. Sogar in kleineren Orten stehen Menschen zu Hunderten und Tausenden auf. Ein Reflex, mit dem ein gegen Demokratie und Toleranz zündelnder Kandidat Merz so gewiss nicht rechnete, der seiner Union auch umgehend einen Umfrageverlust bescherte und Erwartungen an mehr als 30 Prozent bei der Bundestags-Wahl dämpfte, wie es dann auch eintrat.

Was soll wie werden aus dem krisengeschüttelten Deutschland als d e m europäischen politischen Rückgrat, wenn verantwortliche Politiker wie beim deutschen Ampel-Aus von der Fahne gehen oder gegangen werden und in krisenhafter Zeit eine Regierungskoalition sprengen, die nach dem Umfragewillen der Bevölkerung ohnehin keine Mehrheit mehr hatte? Mit dem wohl künftigen Kabinetts-Führungsduo Merz-Klingbeil treten erstmals zwei Politiker an, die bisher über keine leitende Regierungserfahrung verfügen. Ihre beeindruckendste Vorstellung ist ihre etwa gleiche stattliche Körpergröße, was bei internationalen Auftritten durchaus von Vorteil sein kann. Man duzt sich vernehmlich bereits auch schon.

Deutschlands Friedenssohnmacht ist gekoppelt an einen neu propagierten Kriegswillen. Deutschland ist wichtigste logistische NATO-Kriegsdrehscheibe für Osteuropa und will bis 2027 eine eigene Battle-Group in Brigadestärke von bis zu 5.000 Soldatinnen und Soldaten in Litauen stationieren, die gerade offiziell in Dienst gestellt wurde. Die Bundesmarine stellt nach Russland die zweitstärkste Seemacht in der Ostsee. Der Bau neuer U-Boote des modernisierten 212-Typs, weiterer 4-5 Korvetten und größerer Mehrzweck-Fregatten ist verbindlich veranschlagt und im Gang. Ständige Rüstungsanforderungen sind projektiert, die umgerechnet bis an die 100 Milliarden Euro jährlich beim Wehr-, sprich Kriegsetat heranreichen, was um die 3 bis 3,5 Prozent des BIP entspräche, je nach erzielter Wirtschaftsleistung. Deutscher Rüstungsexport für Unternehmen wie Thyssen-Krupp, Rheinmetall und Hensoth floriert mit wachsenden Umsätzen wie noch nie. Hochgeschraubt auch durch den in die Ukraine, aber auch in den Nahen Osten (Ägypten; Saudi-Arabien) gelieferten Anteil. Dennoch treibt der neue NATO-Ombudsmann, Mark Rütte, Deutschland zu noch höheren Verteidigungsleistungen an. Eine Rüstungs-Endlosspirale deutet sich an.

Eine Friedens- und Antikriegsdiskussion findet hierzulande trotz relativ gut strukturierter Friedensbewegung und kompetenter Publizistik auf breiterer gesellschaftlicher Ebene so gut wie nicht statt. Das Friedens-Buch „Bedrohter Diskurs – Deutsche Stimmen zum Ukraine-krieg“ (2024) aus dem Bremer Donat-Verlag war mit 1.500 Erstauflage bis auf Restexemplare erstaunlich schnell vergriffen. Es besteht offenbar großer Bedarf nach (Er-)Klärungen. Gerade hat der rührige Geschichts- und Pazifismus-Verlag mit einem neuen Buch unter der

Herausgabe der Bremer Stiftung ‚die schwelle‘ nachgelegt (s. Lit.). Größere Demonstrationen bleiben die Ausnahme, etwa bei Ostermärschen, im Jahr 2024 immerhin mit bis zu 70.000 Teilnehmenden an 120 Orten. Grundsätzliche Militär- und Kriegskritik hat in den fünf Öffentlich-Rechtlichen TV-Talkmedien mit vergleichsweise hohen Einschaltquoten bei ihren wöchentlichen Runden keine Fürsprecher:innen, im Gegenteil.

Viele von ihnen sind durchaus fähige, kritische Journalist:innen und sachkompetente Kommentator:innen, sind Korrespondent:innen, Politiker:innen und Wissenschaftler:innen, die sich aber durch die Bank vor den Karren einer kriegsbefürwortenden Agenda spannen lassen. Zu vernehmen sind dort ständig die ewig gleichen Kriegsunterstützungs-Plazets und Expertisen pro Militär und Aufrüstung aus stets denselben Dutzend-Mündern nach dem Motto: KRIEG BEDEUTET FRIEDEN, d. h. nur Krieg und mehr Waffen könnten letztlich Frieden bringen. Zu nennen wären etwa Norbert Röttgen, Roderich Kiesewetter, Michael Roth, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (jetzt „Eurofighterin“ in Brüssel), Annalena Baerbock, Anton Hofreiter, Wolfgang Ischinger, Melanie Amann, Robin Alexander, Markus Feldenkirchen, Katrin Eigendorf, Paul Rönzheimer, Hannah Bethke, Dagmar Rosenfeld, Christoph Schwenicke, Ina Ruck, Eva Quadbeck, Wolfram Weimer, Nikolaus Blome, Petra Gerster, Gabor Steingart, Matthias Bröckers, Kristina Dunz, Albrecht von Lucke, Jasmin M'Barek, Georg Maskolo, Kerstin Münstermann, Marina Weisband, Jan Fleischhauer, Julia Reuschenberger, Sabine Adler, Sönke Neitzel, Carlo Masala, Florence Gaub, Herfried Münkler, Nicole Deitelhoff, Karl Schlögel, Claudia Major (schon ihr Name ist Programm) und v. a. m.

Die in Nuancen eine von einem Feindbild Russland und einer Position Pro-NATO-Krieg geleitete, einseitige Medien-Agenda präsentieren. Themen-Spektrum und Perspektiven sind dabei hermetisch eingengt. Selbst einzelne Friedensforscher:innen stimmen im Wir-Stil in diesen fragwürdigen Gleichklang ein. Statt wissenschaftlich analytische Distanz zu wahren und sich der Erkenntnisse und Friedenslehren vor allem Historischer Friedensforschung (F. W. Foerster, W. Fabian, L. Quidde, F. Fischer, W. Wette)*, der War Resisters' International, des Internationalen Versöhnungsbundes, der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsgegner:innen, der Historischen Friedenskirchen sowie eines Albert Einstein, Mahatma Gandhi und Martin Luther King zu besinnen und zu bedienen.

(*Anm.: siehe die Reihe Geschichte & Frieden im Donat-Verlag, www.donat-verlag.de).

In der SPD schrumpfte die „Friedensfraktion“ auf zählbare Köpfe weit unter einem halben Dutzend, etwa Ralf Stegner und Rolf Mützenich vom Parteipräsidium, die Kanzler Scholz' moderat zögernden Kriegskurs bisher gleichwohl unwidersprochen mittrugen. Nur die bedenklichsten Zuspitzungen anderer nicht mitmachten und noch Friedens-Skrupel an den Tag legen. Auch die Jungsozialist:innen sind dem allgemeinen Anti-Russland-Mainstream weitgehend verfallen und auf Parteilinie. (Noch)SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius und die (Noch)SPD-Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, sind Trommelnde für die Option Aufrüstung zur Kriegsfähigkeit. Kriegskritische Parteien wie Die Linke und das Bündnis Sahra Wagenknecht sind in ihren Friedens-Positionen allein zu schwach und einflusslos. Die Linke verbuchte zwar überraschend einen Zuwachs und kam bei der Bundestagswahl mit knapp 9 Prozent auf fast das Doppelte ihres Ergebnisses von 2021. Aber das von ihr abgespaltene Wagenknecht-Bündnis BSW verfehlte knapp den Bundestageinzug. Seine Klage beim Bundesverfassungsgericht für eine komplette Neuauszählung des Wahlergebnisses wurde was Wunder abgewiesen.

Die bei der Wahl am 23. Februar wieder erstarkte Linke kündigte an, eine 2/3-Mehrheit im noch alten Bundestag für neue „Sondervermögen“ Verteidigung & Infrastruktur von 500 Mrd.

Euro plus faktisch unbegrenzter Schuldenaufnahme für Rüstung und Bundeswehr über 1 % des BIP per Eilantrag einer Verfassungsbeschwerde verhindern zu wollen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Eilanträge dazu der Opposition jedoch als unbegründet abgewiesen, alles andere erwartete ohnehin niemand.

Experten wenden ein, dass die Bundeswehr auf einen neuen dreistelligen Milliarden-Schuldensegen strukturell gar nicht eingestellt ist, diesen in den kommenden Jahren adäquat umzusetzen. Geht es nach Vorstellungen von CSU-Chef Söder in einem Statement gegenüber der „Welt am Sonntag“ vom 1. März, das wohl auch eine Duftmarke für die bevorstehenden Koalitionsgespräche mit der SPD setzen sollte, benötige die Bundeswehr angesichts veränderter Sicherheitslage jetzt eine massive Aufrüstung: „Die Bundeswehr braucht eine Vollausstattung. Dazu gehört eine Drohnen-Armee mit 100.000 Drohnen, 800 neue Panzer sowie 2.000 Patriots und 1.000 Taurus nur für Deutschland als Schutzschild nach Art des ‚Iron Dome‘“, sagte der führende christliche Freistaat-Politiker dem konservativen Blatt. Der Bundeswehr-Verband fordert ebenfalls ein neues dreistelliges Milliarden-Euro-Rüstungspaket. Bis 2040 projiziert die EU nach einem befürchteten US-Ausfall sage und schreibe 800 Mrd. Euro für die gemeinsame eigene Verteidigung. Die Dimension artet aus ins Uferlose. Es muss gefragt werden: Haben diese Europapolitiker:innen angesichts solcher Zahlen noch alle fünf Sinne beisammen?

Bei solchen ins Feld geführten „Sachzwängen“ und Spielen mit Bedrohungsängsten kann Friedens-Macht hierzulande kaum nennenswert als *soziale Kraft* entstehen und bleibt in der Minderheit. Die Angst in der Bevölkerung vor Krieg und „dem Russen“ wird gezielt geschürt. Umfragen spiegeln daher meist nur wider, was die herrschende Politik und ihre Medien-Moderator:innen den Menschen täglich in „Neusprech“ vorkauen: KRIEG BEDEUTET FRIEDEN. Dies wird als „Mehrheitsmeinung“ angepriesen. Wie wenn in der Kriegs-Frage lediglich nur auf „Mehrheit“ gesetzt werden dürfte. Kaiser Wilhelm II. kannte bei Kriegsbeginn 1914 nur noch Deutsche. Mut machen können gleichwohl Versammlungen wie die Hanauer Friedenskonferenz 2023 und im Anschluss die Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart 2024, wo jeweils um die 100 Teilnehmende sich austauschten und über Aufgaben und Perspektiven gewerkschaftlicher Friedenspolitik berieten (siehe Berichte dazu unter www.arbeiterpolitik.de und www.arbeiterstimme.org). „Gewerkschaften und Friedensbewegung“ war auch Workshop-Thema beim 31. Friedensratschlag im Dezember 2024 in Kassel mit einer Rekordzahl von 450 Teilnehmenden (Berichte dazu in: ‚Friedensjournal‘, Jan. / Feb. 2025 / Nr. 1 und auf der Website www.friedensratschlag.de).

(Veranstaltungen: Das Ökumenische Friedenszentrum Hannover veranstaltet von 1. bis 3. Mai vor Ort (ver.di-Höfe/Rotation Gosierede 10) das Treffen „friedensfähig statt kriegstüchtig“. Der Deutsche Evangelische Kirchentag findet kurz vor dem 8. Mai statt unter der biblischen Losung „Selig sind die Friedfertigen“. Bei der unabhängigen Friedenssynode am 1. Mai wird nachmittags der „Christliche Friedensruf Hannover 2025“ öffentlich verabschiedet. In Zusammenarbeit mit dem Ökonomischen Institut für Friedenstheologie und dem Katholischen Bildungswerk Köln findet von 20. bis 22. Juni ein „Ökumenisches Sommerseminar 2025“ zum Thema „Schafe unter den Wölfen. Wie unter den frühen Täufern eine gewaltfreie Bewegung entstand“ statt. Dies alles gilt es fortzuführen, jede Stimme, jedes mitstreiten, jedes klare sich positionieren zählt!)

Der Ampel-Koalitionsvertrag von 2021 war, wenn man so will, bereits Makulatur, seit dem Überfall Russlands am 24. Februar 2022 auf die Ukraine. Seitdem ist nichts mehr, wie es war. Der Plan, eine Dreier-„Koalition des Fortschritts“ sein zu wollen, war zerstoßen. Günstige Energieversorgungs-Kanäle wie Nordstream I und II aus Russland versiegten bzw wur-

den in einem Sabotageakt von „Unbekannt“ gesprengt. Groteske Konterkarikatur: die USA unter Trump wollen nun mit Russland darüber verhandeln, die beschädigte Nordstream-Rohrleitung zu reparieren und übernehmen, damit wieder russisches Gas nach Westen strömen soll. Ex-Präsident Biden drohte noch damit, sie zerstören zu wollen. Um die entstandene Energielücke zu stopfen, mussten wichtige Klimaziele hintangestellt und rückgreifend die fossile Büchse der Pandora weit geöffnet werden. Erdgas musste schnell von woanders her bezogen werden, aus dem Mittleren Osten von Katar, aber auch aus Norwegen und Amerika. Weitere Milliarden-Summen werden seither in die Aufrüstung der Bundeswehr gesteckt (100-Mrd.-Sodervermögens-Schulden), Milliarden-Beträge an militärischer Unterstützung flossen neben Waffenlieferungen bisher für die Kriegsführung der angegriffenen Ukraine. Beides verhindert aber, einer Friedenslösung in Osteuropa auch nur entfernt näher zu kommen, eskaliert und verlängert diesen Krieg. Das hält überdies keine Wachstums-Volkswirtschaft allzu lange ohne Schaden und Einbußen durch, eine russische und auch eine deutsche nicht. Und dieser Scherbenhaufen aus Kriegsverstrickung und falschen Ampelweichen tritt nun offen zutage.

Der noch geschäftsführende SPD-Verteidigungsminister Pistorius, der bei Schwarz-Rot gerne wieder Minister im selben Ressort wäre, präsentierte unlängst seinen Plan für einen neuen Wehrdienst mit Erfassung aller männlichen Achtzehnjährigen per Fragebogen zur Wehrwilligkeit und Wehrbereitschaft, um sie dann zu einer Auswahlmusterung auf Tauglichkeit vorzuladen. Frauen könnten, müssten sich aber nicht beteiligen (grundsätzliches Verfassungshindernis). Das garantierte Grundrecht zur Kriegsdienstverweigerung (GG, Artikel 4.3) bliebe davon unberührt, heißt es. Der CDU/CSU geht das nicht weit genug, die CSU etwa will die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und so ist längerfristig sogar an eine allgemeine soziale Dienstpflicht für alle gedacht, einem Lieblingsthema der Union. Ehemalige SPD-Wehrbeauftragte, darunter der einstige Kriegsdienstverweigerer Reinhold Robbe, machen sich flankiert vom Bundeswehr-Verband stark für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht in modifizierter Form.

Die Mitwirkung an dieser Erfassung für den Krieg sollten potenzielle junge Kriegsgegner dann nämlich schon verweigern und ihre KDV erklären. Es geht bei dem Pistorius-Plan in Umgehung der Wehr-Freiwilligkeit seit 2011 um den Reserve-Zugriff auf mehr wehrbereite und wehrfähige Jugend fürs Sterben in einem Nato-Krieg. Derzeit fehlen der Bundeswehr dazu etwa 25 bis 30.000 aktive Soldaten und Soldatinnen. Man wolle und müsse über Wehrerfassung und Wehrüberwachung wissen, so Pistorius' Begründung für den Wehrdienst-Fragebogen, mit wem man im „Ernstfall“ rechnen könne. Das teilen 1:1 auch der Bundeswehr-Generalinspekteur, Carsten Breuer und die SPD-Wehrbeauftragte, Eva Högl. Pistorius beklagt, man habe keinen genauen Überblick über die Lebenslage der 800 bis 900.000 Soldaten und Soldatinnen, die bisher Wehrdienst geleistet hätten. Der frühere SPD-Justizminister und dann Bundespräsident, Gustav W. Heinemann, sprach dagegen in pazifistischem Primärverständnis einmal vom *Frieden als dem Ernstfall*. Krieg geht immer ein Versagen und Scheitern der Politik mangels ziviler Stärke und dem Mut dazu voraus.

(zu allen Aspekten und Fragen in diesem Zusammenhang siehe die sehr informative und instruktive neue Ausgabe des „Friedensforum“ des Netzwerks Friedenskooperative, Nr. 2/2025, März/April, Schwerpunkt: „Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht – immer und überall“, S. 22-49; Zu beziehen über: www.friedenskooperative.de).

Pistorius' Anliegen ist angesichts von Kriegen wie gegen die Ukraine oder in Gaza-Palästina Teil einer betriebenen Umdeutung von Friedenswerten in Kriegsziele. Kanzler Scholz, als Juso selbst noch Verweigerer, prägte das unselige Zeitenwende-Wort vom Pazi-

fismus, der „aus der Zeit“ sei. Und Bundespräsident Steinmeier (SPD) sprach beim Kirchentag 2023 die Kirchentagslosung von einem geistig-biblischen Kairos kurzerhand militärisch umdeutend fast schon blasphemisch davon, dass jetzt „auch die Zeit für Waffen“ sei. Von einer solchen „Waffen-Zeit“ finde sie nichts in der Bibel des Neuen Testaments, gab dagegen sinngemäß die frühere EKD-Ratsvorsitzende und ehemalige Landesbischöfin, Pastorin i. R., Margot Käßmann, zu Bedenken. Sie amtierte zuletzt als Präsidentin der Bremer Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. (aufgelöst 2014).

Die von der NATO und auch Deutschland mit modernsten Waffen hochgerüstete ukrainische Armee verteidige an der Front gegen Russlands Truppen auch europäische Sicherheit und Frieden – dieses unzutreffende wie falsche Narrativ vertritt neben der ehemaligen grünen Außenministerin auch der SPD-Verteidigungsminister. Sie ist ein ideologischer Neuaufguss der einstigen hohlen Phrase eines SPD-Verteidigungsministers Peter Struck im Afghanistan-Krieg, deutsche Freiheit würde auch am Hindukusch verteidigt werden. Worum es in diesem „Antiterror“-Krieg der USA für geostrategische Interessen in dem zentralasiatischen Land nie ging.

Die deutsche und europäische Politik – in Teilen vielleicht von Frankreich abgesehen – lieferte sich über Jahrzehnte einer blinden transatlantisch-militärischen Gefolgschaft in der Sicherheitspolitik aus, ohne selbst eigenständige und unabhängige, d. h. blockfreie (nicht neutrale!) Gewichte einer zivilen europäisch-deutschen Friedenspolitik zu schaffen. Deutsche Nachkriegs-Politiker krochen den USA in totaler militärischer Abhängigkeit geradezu servil „in den Hintern“. Das revanchiert sich spätestens jetzt auf bittere Weise. Der deutsche Philosoph und Friedensdenker, Nikolaus Koch (+1991), verfasste die Schrift „Europa zwischen Weltrevolution und Konterrevolution“ (1980) und eine Programm-Broschüre „Blockfreies Europa“ (1982) seiner 1981 initiierten Blockfreiheits-Bürgerinitiative. Unter den Bedingungen des West-Ost-Gegensatzes, Kalten Kriegs und atomaren Wettrüstens galt es, Anforderungen und Bedingungen zu nennen und zu untersuchen, worin ein „weltrevolutionäres Gesamtpotential“ Europas liegen könnte sowie für ein kritisch-solidarisches Verhältnis Europa und USA, Europa und Sowjetunion, Europa und Dritte Welt. Der Weltkrieg-II-Soldat und bei Hitlers Überfall auf die Sowjetunion vor Moskau schwer verwundete Koch, rief damit die Erkenntnisse und Einsichten in Erinnerung, zu denen er als IdK-Aktiver schon bei seinen Friedensdialogen Anfang der 1950er Jahre mit Vertreter:innen bedeutender pazifistischer Organisationen wie Versöhnungsbund, WRI, Quäker und Deutsche Friedensgesellschaft gelangt war. Dabei wollte er vor allem die Perspektiven und Möglichkeiten ausloten, wie die Strategie der gewaltlosen Revolution Gandhis auf hiesige Verhältnisse übertragbar wäre. Koch dachte Frieden, Demokratie und soziale Veränderung immer in der Gesamtsicht einer *Weltrevolution ohne Waffen*.

(siehe: „Die moderne Revolution. Gedanken der gewaltfreien Selbsthilfe des deutschen Volkes“; 1951 und die demokratische Programmschrift „Blockfreies Europa... – Unsere revolutionäre Aufgabe“; 1986).

Deutschland wird laut Verfassung an seinen Landes- und Bündnisgrenzen militärisch verteidigt. Nirgends beliebig sonst und auch nicht in der Ukraine, in Israel oder im Indopazifik. Ein Mehr an deutscher Verantwortung für die (nicht in der) Welt und deren Sicherheit, kann folgerichtig nur friedenspolitisch-diplomatisch angelegt und ausgerichtet sein. So wäre eine rechtzeitige, ernstgemeinte Einbindung Russlands in eine europäische zivile Sicherheitsstruktur statt der seit etwa Mitte der 90er Jahre vollzogenen NATO-Erweiterung nach Osten der richtigere Weg gewesen. Es hätte unter Berücksichtigung aller beteiligten Interessen und

Befürchtungen vermutlich wesentlich dazu beigetragen, den russischen Ukraine-Einmarsch zu verhindern. Es hätte Europa und der Welt Putins abenteuerlichen Interventionskrieg und die gefährliche NATO-Verstrickung in ein militärisches Waffen-Bündnis am Rande eines größeren Kriegs sehr wahrscheinlich erspart. Aber „man“ wollte es bekanntlich anders. Der Wille notfalls zur Konfrontation bestimmte besonders das westliche Vorgehen besonders der USA, um ein immer hegemonialer auftretendes Russland militärstrategisch einzuhegen, statt nach Ausgleich und Verständigung zu streben (siehe Georgien-Krieg 2008; Putins Brandrede 2007 in München). Die Nato ist wieder offensiv drohende Block-Macht, gegen die Moskau sich verbündet mit Iran, China, Nordkorea. Eine neue Art von „kaltem Krieg“, der grade heiß läuft.

Die Welt wie sie war und ist

Im Zuge der Epochenwende 1989/90 gab es zunächst keine Ost-West-Konfrontation und keinen Kalten Krieg mehr, ohne dass deren inneres Konflikt-Potenzial bereinigt worden wäre. Und die Sowjetunion war wieder in ihr früheres Russland-Korsett zurückgezwängt, einwohnermäßig um fast ein Drittel reduziert und mit peripheren nationalen Abspaltungen wie der Ukraine, des Baltikums, Aserbaidschans, Armeniens, Georgiens, Moldawiens, Belarus und anderer. Neue russische Potentaten und durch Öl und Gas neureiche Oligarchen stiegen aus der Sowjet-Konkursmasse, bei der sie sich reichlich bedienten, auf wie Boris Jelzin und sein Ziehschüler Wladimir Putin. China trat kapitalistisch in Wirtschaftsdingen und kommunistisch in der Staatsideologie auf den Plan auf dem Weg zu einer neuen Weltmacht in Konkurrenz zu den USA. Kein Land – außer Nordkorea – kontrolliert und überwacht seine Menschen im 1984er-Stil so total wie das „kommunistische“ China.

Zwischen den beiden größten West-Ost-Mächten USA-China tut sich gegenwärtig der Hauptwiderspruch einer gespaltenen, multipolarisierten Welt auf mit widerstrebenden Tendenzen zu populistischen Autokratien auf der einen, zu um Demokratie gegen Rechtstendenzen ringenden Völkern und Nationen auf der anderen Seite. ZEITEN WENDE – ZEITEN ENDE scheinen die Bewegungspole für globale Auseinandersetzungen abzugeben. Ein Weltkrieg (niemand will ihn angeblich) rückt sogar wieder in den Blick sich zunehmend verkomplizierender internationaler Beziehungen mit wachsenden politischen Spannungen und mehreren regionalen Brand- und Kriegsherden (Ukraine, Nah-Mittelost, Sudan, Taiwan). Neue, divergierende „Blöcke“ ergeben sich nach geostrategisch gelagerten nationalen Interessen und im Konkurrieren um regionale Einflusszonen, wirtschaftliche Absatzmärkte und ökonomische Vormacht (Seidenstraße Chinas, türkische Vormacht in Nah-Mittelost, atomar aufstrebender Iran, indische Seemacht, pazifisches Bündnis gegen China-Nordkorea, Zugriff auf die Arktis und das Nordmeer): G7, G20, BRICS, BRICS plus, APEC, Quad, NATO, EU, 14 neuimperialistische Länder (Mexiko, Argentinien, Brasilien, Südafrika, Türkei, Iran, Saudi-Arabien, Katar, VAE, Indien, China, Indonesien, Südkorea)* sowie den Bündnisblöcken zwischen China-Russland-Iran-Nordkorea, drei davon sind Atommächte. Ein großer Konflikt zwischen diesen globalen Machtzentren scheint immer unausweichlicher, je mehr davon auch wieder gesprochen wird. Bald jedes zweite Land hat Rechnungen mit anderen offen. Fast jeder Beteiligte fordert im Grunde nur noch ein, was einem selbst nützt.

(* siehe S. Engel: Über die Heerausbildung der neuimperialistischen Länder)

Allianzen bilden sich auf bilateraler Ebene zwischen einzelnen Ländern entlang des Ausbaus von Handelsbeziehungen und militärisch-technischer Kooperationen. So etwa sind es chinesische Hafenbetreiber an Eingang und Ausgang des Panamakanals. Das ganze brüchige Konglomerat scheint fast wie prädestiniert für einen großen Weltkonflikt unter Hochrüs-

tung mit Waffen, der sich in vielleicht 10 bis 12 Jahren, vielleicht auch bereits früher durch einen Krieg um Taiwan, schon entladen könnte, wenn alles so wie bisher weiter auf eine geostrategische Katastrophe und irreparable politische wie ökonomische Spaltung der Welt zusteuert. Krieg wäre dann unvermeidlich. Darauf hat etwa Mitte des Jahres 2023 auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf einer UNO-Vollversammlung eindringlich warnend und höchst besorgt um den Weltfrieden hingewiesen.

Noch gar nicht faktisch im Amt, offenbaren Trumps Gebietsansprüche (die auch Russland und China hegen) auf die größte Insel der Erde, Grönland, die politisch zum NATO-Verbündeten Dänemark gehört, dessen anmaßende Art, souveräne internationale Strukturen einfach anzuzweifeln und in Frage zu stellen. Dies dient gezielt der Destabilisierung und Ignoranz dieser Strukturen durch subversives Unterminieren. Im Fall des weitgehend autonom selbstverwalteten Gebiets Grönlands (rd. 57.000 Einw.; 2.167.000 qkm Fläche) aus unverhohlenen neoimperialen Motiven und Absichten: Es gilt dabei, sich die reichen grönländischen Bodenvorkommen seltener Erden, wertvoller Erze und Metalle (Eisen, Zink, Kupfer, Uran, Gold) sowie großer Öl- und Erdgasvorkommen zu sichern und die strategische Kontrolle über die Seewege (Nordwest-/Nordost-Passage) rund um Grönland und in der Arktis zu erlangen. Im nordwestgrönländischen Qaanaaq (Thule) verfügen die USA bereits über einen bedeutenden Militär- und Luftwaffenstützpunkt, wo u. a. eine Flotte von strategischen Atombomben des Typs B-52 stationiert ist, ein weitreichender Radarhorchposten existiert und scharfe Atomwaffen lagern. Spektakulär waren zu Kalte-Kriegs-Zeiten die Verluste auf Nimmerwiedersehen von Atombomben an Bord eines über Grönland abgestürzten B-52-Bombers, die sich ins grönländische Eis bohrten und nach wie vor eine bedrohlich tickende Zeitbombe darstellen.

Trumpfs offene Bedrohung des mittelamerikanischen Landes Panama, um sich die Kanalzone ggfs. militärisch wieder einzuverleiben, die den USA schon mal gehörte und in den 1970er Jahren zurückgegeben wurde, zielt auf ähnliche Weise auf verunsichernde und destabilisierende Einschüchterung und Subversion garantierter Souveränität. Sie liegt auf einer Linie mit früheren Bestrebungen der USA, in ihrem „Hinterhof“ sich den Rücken freizuhalten und Kontrolle zu erringen (siehe Kuba-Krise, Contra-Umtriebe gegen Nicaragua, Grenadainvasion). Trumpf begründet seinen Grönland-Panama-Appetit sinngemäß damit, dass beide Gebiete benötigt würden, um militärische und wirtschaftliche Sicherheit (n. b. für die USA!) zu garantieren. Und: Er könne sich vorstellen, Zölle gegen Dänemark zu verhängen, um Druck aufzubauen und in Panama auch US-Militär einzusetzen...

Was unterscheidet dann noch solch aggressives Streben Trumpfs von dem Putins gegenüber der Ukraine oder Xi Jinpings im Falle Taiwans? Beide Länder, Dänemark und Panama, reagierten entschieden ablehnend auf Trumpfs „nicht verhandelbares“ Ansinnen und verbateten sich jede Infragestellung und Einmischung in ihre nationale Souveränität. Dänemark verstärkt seine Militärpräsenz rund um Grönland durch drei Kriegsschiffe und Aufklärungsdrohnen. Ministerpräsidentin Frederiksen versicherte sich politischer Rücken-deckung in Paris und Berlin. Panama rief zudem die UNO an. Offenbar ist man aber mit Trumpf 2.0 auf ungeheuerliche Weise soweit, über einstige Kalte-Kriegs-Realitäten nun hinauszugehen. Man stelle sich nur einmal kurios vor: Eine US-Besetzung (auch von „Kauf“ ist die Rede) Grönlands und die Anrufung Dänemarks des NATO-Bündnisfalls gegen einen NATO-Partner... Nichts scheint vor Trumpf mehr sicher, der die Dinge in seinem Sinn nach Belieben zu seinen Gunsten rücksichtslos auf den Kopf stellt. Hier geht es nicht mehr nur um bloße

„Deals“, sondern UNO-Charta-widrig um blanken, zynischen Imperialismus und das Faustrecht des Stärkeren bei der Verfolgung von Trumps exklusiver America-First-Strategie.

Eskalierende Gewalt- und Gebietskonflikte wie der Ukraine-Russland- und der Gaza-Libanon-Krieg bilden gegenwärtig den Kern einer gefährlichen Konfrontation von einer Reihe daran direkt und indirekt politisch-militärisch beteiligten Mächten: USA, NATO, EU, Russland, Ukraine, Belarus, Israel, Gaza, (palästinensisches) Westjordanland, Iran (und seine Proxys Hamas, Hisbollah, Huthi, IS u. a.), Jemen, Nordkorea – zusammen etwa eine Milliarde Menschen, die miteinander mehr bis weniger verwickelt bereits im Krieg stehen. Etwa ein Achtel der Weltbevölkerung. Man könnte es bereits als Vorspiel für einen dritten Weltkrieg bezeichnen. Es gibt auf der Welt 700 bis 800 Millionen Hungernde, 80 bis 110 Millionen global und Binnen-Flüchtende, massenweise Zerstörungen der Regenwälder und anderer wertvoller, überlebenswichtiger Biotope und Ökosysteme, globale Erderhitzung um bis zu 2,7 Grad in wenigen Jahrzehnten. Ein sechstes Massenaussterben von Pflanzen- und Tierarten zu 70 bis 80 Prozent, sind weitere alarmierende Anzeichen auch für einen vom Menschen geführten „Krieg gegen die Natur“ (A. Guterres bei der letzten COP16 2024 in Cali/Kolumbien).

Damit korrespondiert eine tiefe, anhaltende Krise politischer Delegitimierung von Parteien und politischen Systemen -, ein großer Vertrauensverlust in fortlaufend versagende Regierende -, Millionen, die von Krisen- und Klimaentwicklungen angetrieben vom Süden in den Norden flüchten -, Erosion von ethischen Werten -, Rückgang von Religionsgebundenheit -, sektiererischer dogmatischer Evangelikalismus -, materielle Unzufriedenheit und Existenznöte vieler Menschen -, Zunahme von Angststörungen und Depressionen bei den Menschen -, Diskreditierung von Sozialismus und allgemein linker Kritik und Theorie -, Verlust humaner Diskurskultur -, Furcht vor neuer pandemischer und Seuchen-Bedrohung -, Hinwendung zu Populisten und Populismen mit scheinbar einfachen Lösungs-Parolen („Ausländer raus“, „Yes we can“, „Make America great again“, „Deutschland den Deutschen“, „Zeitenwende“, „Jetzt ist die Zeit für Waffen“ usw.).

Ein Herauskommen aus einer multiplen, komplexen Krisenlage ist mit herkömmlichen Politikrezepten rein quantitativ-repräsentativer Mehrheits-Demokratie nicht mehr in Sicht und machbar. Und gelingt auch nicht länger mehr durch Festhalten an gewinnstrebender Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft und Herrschaft über die Natur und ihre Ressourcen als zentralem Paradigma der kapitalistischen Moderne. Es fehlt an Vorstellung und Perspektive für Demokratie als *permanente Revolution* des ‚Jedermann ist unten‘ und Vorrangs des Gewissensprimats jedes und jeder Einzelnen vor Staat und Staatsapparat (Nikolaus Koch). Perestroika (Umbau) und Glasnost (Transparenz) des kaukasischen Agrarfachmanns Michail Gorbatschow waren ab Mitte der 1980er Jahre probate Reformansätze, erreichten aber die Ebene nicht wirklich und nachhaltig, wo sie hätten von dazu oft unwilligen und unfähigen Funktionären und Bürokraten umgesetzt werden können. So dass, wie es ein Ökonom und Ex-Botschaftsmitarbeiter in Moskau nüchtern feststellt, die „letzte Schlacht“ um den „sowjetischen Vergesellschaftungszusammenhang“ verloren ging (s. Lit.). Ähnlich wie die DDR-Arbeiter:innenschaft 1989/90 ihr „Volkseigentum“ nicht mehr geschlossen verteidigte und die Raubzüge Ost unterm Treuhandschirm weitgehend ungehindert in eigene Taschen schalten und walten konnten. Während ungefähr 80 Prozent der DDR-„Werk tätigen“ ihre Arbeit verloren oder sich jobmäßig völlig neu orientieren und sich anpassen mussten an harten West- und DM/Euro-Geld- und Wirtschaftskurs.

Am 9. November 2024 wurde des 35. Jahres des Mauerfalls und der „demokratischen Revolution“ in der DDR gedacht. Das vielgerühmte Mitbestimmungs- und Mitwirkungsinstrument der Bürger:in-Opposition, die sog. Runden Tische, die eckig waren und ohne Machtbefugnis, waren nach Ansicht des Bürgerrechtlers und Neues-Forum-Gründers, Rolf Henrich, von Anfang ihres Bestehens an im Dezember '89 bis zu ihrem Ende im März '90 (Volkskammer-Wahl) nur bessere „Demokratie-Kosmetik“ und Demokratie-Alibi. Die wirklichen Strippen wurden anderswo von der Kohl-Genscher-Regierung in Bonn und ihren Ost-Parteiblegern sowie von Moskau und den drei Westalliierten USA, Großbritannien, Frankreich gezogen.

Die historische Epochenwende 1989/90 bildet mit ihren gravierenden politisch-ökonomischen Geburtsfehlern (deutsche Anschluss-Vereinigung, Treuhand-Diktat, „2+4“, „Raubzug Ost“, Ablehnung einer neuen Verfassung) und strategischen Konsequenzen (Ende von Sowjetunion und Warschauer Pakt, USA einzige Weltmacht, Fortexistenz der NATO, NATO-Osterweiterung, Neuaufstieg Russlands, Auftreten Chinas als Welthandels- und geostrategische Pazifikmacht) die Ausgangsposition und Grundlage für die Weltmächte- und Kräfteverschiebungen bis heute, wie es 1945 die Potsdamer Beschlüsse der Siegermächte für den Kalten Krieg und das West-Ost-Wettrüsten waren. Das gilt es grundlegend im Blick zu behalten, zu analysieren und zu verstehen. © Elmar Klink/Gruppe Solidarische Ökonomie, D-Bremen, im März/April 2025. (Kontakt: Elmar.Klink@gmx.de; mob: 0157 36 21 48 19).

(Hinweis: Auf den hier aus Platzgründen ausgesparten Komplex Klimakatastrophe soll in einem gesonderten Teil II eingegangen werden).

| Quellen und Literaturhinweise:

- **Die Neue Weltordnung.** Ein Dossier mit 8 Beiträgen; in: die internationale, Nr. 2/2025, März/April, S. 15-39; www.intersoz.org;
- **Stiftung die schwelle (Hrsg.):** Friedenslogische Perspektiven in Zeiten des Krieges (2025);
- **Emmanuel Todd:** Der Westen im Niedergang. Ökonomie, Kultur und Religion im freien Fall (2024);
- **Harald Welzer:** ZEITEN ENDE. Politik ohne Leitbild, Gesellschaft in Gefahr (2024);
- **Helmut Donat / Hermann Theisen (Hg.):** Bedrohter Diskurs – Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg (2024);
- **Michael Lüders:** Krieg ohne Ende? – Warum wir für Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen (2024);
- **Majken Jul Sorensen:** Pazifismus heute: Gespräch über Alternativen zum Krieg in der Ukraine (2024);
- **Hanne-Margret Birckenbach:** Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen (2023);
- **Stefan Engel, Gabi Fechtner, Monika Gärtner-Engel:** Der Ukrainekrieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems (2022);
- **Karsten Lahl, Johannes Varwick:** Sicherheitspolitik verstehen. Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze (2022³);
- **Klaus von Dohnanyi:** Nationale Interessen. Orientierung für deutsche Politik in Zeiten globaler Umbrüche (2022);
- **Serhii Plokyh:** Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde (2022)
- **Krieg in Europa.** Beilage ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ 28-29/2022 zur Wochenzeitung Das Parlament;
- **Sahra Wagenknecht:** Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt (2021);
- **Ralf Becker, Stefan Maaß, Christoph Schneider-Harpprecht (Hg.):** Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040 (2018) [ein Basistext aus der Evang. Kirche in Baden; www.ekiba.de];
- **Gene Sharp:** Von der Diktatur zur Demokratie. Ein Leitfaden für die Befreiung (2018);
- **Stefan Engel:** Über die Herausbildung der neuimperialistischen Länder (2017);
- **Ders.:** Götterdämmerung über der „neuen Weltordnung“. Die Neuordnung der internationalen Produktion (2005⁴);
- **Andreas Peglau:** RECHTS RUCK im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs Massenpsychologie des Faschismus als Erklärungsansatz (2017);
- **Michail Gorbatschow:** Das neue Russland. Der Umbruch und das System Putin (2015);
- **Die Gute Gesellschaft.** Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert. Hg. v. Christian Kellermann und

- Henning Meyer (2013);
- **Saral Sarkar:** Die aktuelle Weltkrise verstehen. Ein ökosozialistischer Ansatz (2012);
 - **Sigmund Freud:** Warum Krieg? Zwei Schriften. Der Briefwechsel mit Albert Einstein. Hrsg. v. H.-M. Lohmann (2012);
 - **Claus Leggewie, Harald Welzer:** Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie (2011);
 - **Luc Ciompi / Elke Endert:** Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen von Hitler bis Obama (2011);
 - **Michael Breisky:** Groß ist ungeschickt. Leopold Kohr im Zeitalter der Post-Globalisierung (2010);
 - **Alfred Defago:** Die USA, Barack Obama und der Amerikanische Traum. Streiflichter auf eine Nation im Umbruch (2009);
 - **Ekkehart Krippendorff:** Die Kultur des Politischen. Wege aus den Diskursen der Macht (2009);
 - **Ders.:** Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft (1985);
 - **Sigmar Gabriel:** Links neu denken. Politik für die Mehrheit (2008);
 - **Jonathan Schell:** Die Politik des Friedens. Macht, Gewaltlosigkeit und die Interessen der Völker (2005);
 - **Robert Kurz:** Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung (2003);
 - **Ders.:** Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie (1994);
 - **Hannah Arendt:** Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (2003¹⁰);
 - **Hans Küng, Dieter Senghaas:** Friedenspolitik. Ethische Grundlagen internationaler Beziehungen (2003);
 - **Johan Galtung u. a.:** Wege zum Frieden. Konflikte aus 45 Jahren: Diagnose, Prognose, Therapie (2003);
 - **Lou Marin:** Der 11. September und die neuen Kriege. Von der Bewegung gegen neoliberale Globalisierung zu einer weltweiten Antikriegsbewegung? (2002);
 - **Michael Moore:** Stupid White Men. Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush (2002);
 - **Zbigniew Brzezinski:** Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft (2002⁵);
 - **Ders.:** Macht und Moral: Neue Werte für die Weltpolitik (1994);
 - **Oskar Lafontaine:** Die Wut wächst. Politik braucht Prinzipien (2002);
 - **Wolfgang Lienemann:** Frieden. Vom „gerechten Krieg“ zum „gerechten Frieden“ (2000);
 - **Graswurzelrevolution (Hg.):** Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende (1999);
 - **Das Zeitalter der Bombe:** Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute. Hrsg. v. Michael Salewski (1995);
 - **Paul Kennedy:** In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert (1993; 3. Aufl.);
 - **Frank Hoffer:** Perestroika. Die unfreiwillige Zerstörung des sowjetischen Vergesellschaftungszusammenhangs oder warum das letzte Gefecht verloren ging (1992);
 - **Lehren aus der Geschichte?** Historische Friedensforschung. Red.: Reiner Steinweg (1990);
 - **Wolfgang Huber, Hans-Richard Reuter:** Friedensethik (1990) [das evangelische Standardwerk];
 - **Rolf Henrich:** Der vormundschaftliche Staat – Vom Versagen des real existierenden Sozialismus (1989);
 - **Nikolaus Koch:** Die Deutschen in der vierten Revolution (1989) [Arbeitstext III des Publikations-Vorhabens „Weltstrukturkreis des offenen Menschen. Vier Arbeitstexte und eine Einleitung“, 1988-1990]
 - **Ders.:** Staatsapparat und Gewissensprimat. An die deutschen Parteien in Bundestag und Volkskammer (1989) [Arbeitstext II, s. o.];
 - **Ders.:** Manifest für ein blockfreies Deutschland im blockfreien Europa [enthalten in: Blockfreies Deutschland im blockfreien Europa – Unsere revolutionäre Aufgabe] (1986);
 - **Ders.:** Blockfreies Europa (1982) [Programm und politische Analyse der Bürgerinitiative Blockfreies Europa];
 - **Ders.:** Europa zwischen Weltrevolution und Konterrevolution (1980);
 - **Bernd-Peter Lange:** George Orwell: >1984< (1982) [eine Textverständnishilfe];
 - **George Orwell:** 1984 (1981) [Lizenzausgabe Büchergilde Gutenberg mit den Anhang-Texten von I. Fetscher, A. Muschg, G. Grass, E. Fromm, H. L. Arnold]; |
 - **George F. Kennan:** Im Schatten der Atombombe. Eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1947 bis heute (1982);
- Der Verfasser:** 1953 geb. in Rottweil/BW, 1971 Verweigerung des Kriegsdienstes; 1973 Mitglied im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK); 1976/77 Zivildienst beim Verein Sozialer Friedensdienst Bremen (SFD); 1977 bis 1983 Studium von Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Politologie, Soziologie und Gesellschaftsgeschichte (Sozialwissenschaften) an Hochschule und Universität in Bremen; 1977 bis 1982 Mitarbeiter in der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer; 1981 Beitritt zur Bürgerinitiative Blockfreies Deutschland im blockfreien Europa (BIBE); von 1991 bis 2008 beruflich in der Evangelischen AG für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) tätig; zahlreiche Beiträge für politische Zeitschriften, Porträts, Buch- und Filmbesprechungen. Der Autor versteht sich als Anarcho-Pazifist und christlicher Sozialist.